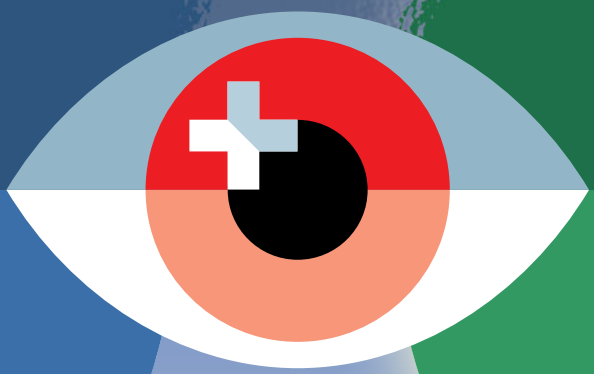
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

SICHERHEIT SCHWEIZ 2021



Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

SICHERHEIT SCHWEIZ 2021

Lagebericht
des Nachrichtendienstes des Bundes

Inhaltsverzeichnis

Früherkennung ist zentral!

Covid-19 wird unsere Sicherheitspolitik nachhaltig beeinflussen. Eine Haupterkenntnis aus der Pandemie ist, dass es eine krisenresistente Versorgung mit kritischen, lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen braucht. Die Krise ruft uns zudem in Erinnerung, dass unser Schutz vor Katastrophen und Notlagen generell gestärkt werden muss. Über Covid-19 hinaus müssen wir auch in Zukunft mit schweren Pandemien rechnen – wie auch mit Naturkatastrophen, die an Häufigkeit und Schwere zunehmen.

Der vorliegende jährliche Lagebericht des NDB zeigt erneut deutlich, dass unsere Sicherheit nicht nur durch solche Gefahren, sondern durch weitere Bedrohungen gefährdet ist. Weil die internationale Sicherheitslage unberechenbarer geworden ist, müssen wir der Sicherheitspolitik und dem ganzen Spektrum an Bedrohungen und Gefahren grössere Beachtung schenken. Wir müssen uns noch stärker auf ein garstiger gewordenes Umfeld einstellen. Die sicherheitspolitischen Instrumente müssen so weiterentwickelt und ausgerüstet werden, dass sie zur Abwehr und Bewältigung der aktuellen und absehbaren Bedrohungen und Gefahren beitragen.

Ein entscheidender Faktor dafür: Wir müssen die Früherkennung von Bedrohungen und Krisen weiter verbessern. Der Nachrichtendienst spielt hier eine zentrale Rolle. Die geplante Revision des Nachrichtendienstgesetzes soll dazu beitragen, dass er seine präventive Aufgabe im Verbund mit den anderen zivilen und militärischen Instrumenten noch besser wahrnehmen kann – im Kampf gegen Terrorismus, Gewaltextremismus, Spionage und Proliferation. Eine verbesserte Früherkennung wird aber auch die gezieltere Bekämpfung von «hybriden» Bedrohungen, Cyberbedrohungen und gegen die Schweiz gerichteten illegitimen Desinformations- und Beeinflussungsaktivitäten erlauben. Diese sind sicherheitspolitisch von wachsender Bedeutung und erfordern verstärkte Beachtung.

Ich wünsche Ihnen auf den folgenden Seiten eine spannende Lektüre. Der Jahresbericht des NDB ist ein Beitrag zur Diskussion über Sicherheitspolitik, die nicht nur in der Politik, sondern auch in einer breiteren Öffentlichkeit geführt werden soll.

Viola Amherd, Bundesrätin
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Der Lageberichtin Kürze

Mit dem vorliegenden Bericht will der NDB die interessierte Öffentlichkeit über Bedrohungen und Gefährdungen der Sicherheit der Schweiz orientieren. Der nachrichtendienstliche Blick auf die Welt von heute soll erkennen helfen, was die Schweiz bedroht – weniger die Strohfeuer von heute, sondern vielmehr die Brandherde von morgen.

Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz ist weiterhin wesentlich geprägt durch die wachsende Konkurrenz der Grossmächte und einiger Regionalmächte. Es werden häufiger Machtmittel eingesetzt.

- Die USA werden unter Präsident Biden ihr globales Allianzsystem wieder pflegen, zudem zu einer engagierten Diplomatie in multilateralem Rahmen und zur Verteidigung der Demokratie zurückkehren. Ihr sicherheitspolitischer Fokus wird weiterhin auf dem strategischen Wettbewerb mit China liegen. Im Rahmen der Nato werden die USA weiterhin eine faire Lastenverteilung anstreben und bei Verbündeten und Partnern um Unterstützung gegenüber China werben, namentlich im Bereich der Spitzentechnologie. Im Konflikt mit Iran priorisiert die neue Administration Verhandlungen.

- Die strategische Ausrichtung, bis zur Jahrhundertmitte die stärkste Weltmacht zu werden, wird die Grundlage chinesischen Regierungshandelns bleiben. Chinas Aufstieg zur globalen Grossmacht ist so gut wie sicher. Integration durch Übernahme internationaler Normen und Regeln steht dabei nicht im Vordergrund, vielmehr präsentiert die Kommunistische Partei das chinesische Regierungsmodell zunehmend als Alternative zur liberalen Demokratie.

- Die EU hat das Potenzial eines einflussreichen globalen Akteurs. Doch bleibt die Ausschöpfung dieses Potenzials infolge der schwierigen Konsenssuche offen. Mehrere Initiativen zeugen vom Willen, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken, doch ist die EU weit davon entfernt, gegenüber den USA und der Nato strategische Autonomie zu erlangen.

- Der aussen- und sicherheitspolitische Spielraum Russlands wird durch die Fokussierung auf die interne Entwicklung des Systems Putin nicht beschränkt. Russland setzt seine begrenzten Mittel im Ausland mit verhältnismässig wenig Aufwand erfolgreich zur Stärkung der eigenen Einflusssphäre ein. An seiner Westgrenze will es gegenüber der Nato und der EU den Einfluss zurückgewinnen, der mit dem

Zerfall der Sowjetunion verloren ging. Mit der Türkei verbindet Russland unter anderem die konfrontative Politik gegenüber Europa, wenngleich auch erhebliche Interessensgegensätze bestehen. Als Tandem könnten beide Staaten ihre Positionen gegenüber Europa ausbauen und im Mittelmeerraum weiter Einfluss gewinnen.

Die Bedrohungslage der Schweiz ist von vielen dieser Entwicklungen nicht direkt betroffen. Als Indikatoren zeigen sie aber zumindest an, dass die Schutzwirkung des sicherheitspolitischen Umfelds nachlässt. Zusätzlich führt der technologische Wandel zu neuen und schwer kalkulierbaren Risiken. Dies betrifft insbesondere den Cyberraum.

- Der von den Schutzmassnahmen gegen die Pandemie verstärkte Digitalisierungsdruck hat die Angriffsfläche für Cyberangriffe vergrössert, insbesondere über die Lieferketten. Die zahlreichen Unternehmen in der Schweiz, die Zubehör und Dienstleistungen für die Betreiber kritischer Infrastrukturen im In- und Ausland anbieten, sind auch für Akteure mit staatlichem Hintergrund interessante Ziele.

- Ausländische Akteure versuchen weiterhin, in der Schweiz Material und Spitzentechnologie zugunsten von Massenvernichtungswaffenprogrammen oder zur Herstellung von Trägersystemen zu beschaffen. Darüber hinaus ist die Schweiz mit ihrer innovativen Unternehmenslandschaft auch anfällig für strategische Proliferationsbestrebungen.

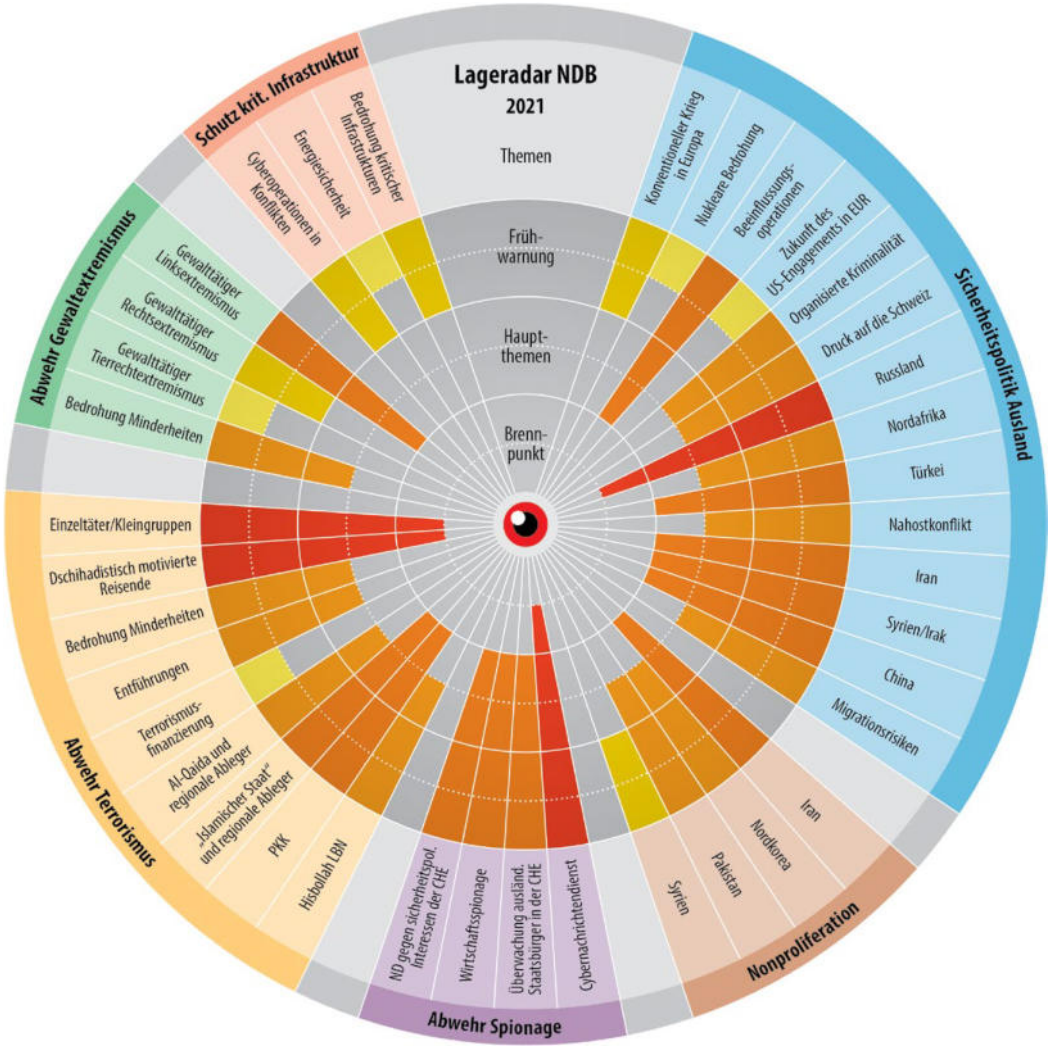
- Spionage bleibt eine dauerpräsente Herausforderung. Digitalisierung und Vernetzung ermöglichen eine starke Zunahme von Spionage im Cyberraum. Die Ziele ausländischer Spionage bleiben unverändert, Genf bleibt wegen der Präsenz der internationalen Organisationen und einer Vielzahl diplomatischer Vertretungen ein Brennpunkt. Ausländische Nachrichtendienste stellen für bestimmte Zielgruppen in der Schweiz eine direkte Bedrohung dar und können zudem an Beeinflussungsaktivitäten gegen Schweizer Interessen beteiligt sein.

- Die Terrorbedrohung in der Schweiz bleibt erhöht. Sie ist hauptsächlich bestimmt durch dschihadistische Akteure, in erster Linie durch autonom agierende Einzeltäter, darunter zunehmend Personen mit psychischen Problemen.

- Das Gewaltpotenzial des Rechts- und Linksextremismus in der Schweiz besteht weiter. Beide Szenen versuchen immer wieder, Protestpotenzial in der Gesellschaft für sich zu nutzen. Zudem besteht gerade in langwierigen oder sich gar verschärfenden Krisen immer das Risiko, dass sich Protest auch ohne Zutun der rechts- oder linksextremen Szenen verschärft und zu Teilen gewalttätig wird.

Instrument Lageradar

Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB liegen, ergänzt mit den sicherheitspolitisch ebenfalls relevanten Themen „Migrationsrisiken" und „Organisierte Kriminalität". Auf diese beiden Themen wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf die Berichterstattung der zuständigen Bundesbehörden verwiesen.



Strategisches Umfeld

Was sieht der NDB?

Schweiz: Schutzwirkung des sicherheitspolitischen Umfelds nimmt weiter ab

Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz ist weiterhin wesentlich geprägt durch die wachsende Konkurrenz der Grossmächte und einiger Regionalmächte sowie dem damit verbundenen häufigeren Einsatz von Machtmitteln. Stabilisierende Faktoren wie die konventionelle und nukleare Rüstungskontrolle erodieren. Regionale Konflikte wie in der Ukraine, Syrien oder Libyen können sich zu komplexen Stellvertreterkonflikten entwickeln, die wenig Aussicht auf diplomatische Lösung haben und das Risiko militärischer Konfrontation unter den beteiligten Gross- oder Regionalmächten bergen. Schwelende Konflikte können auch nach Jahrzehnten wieder aufflammen, wie Bergkarabach zwischen September und November 2020 gezeigt hat.

Der rasante technologische Wandel insbesondere im Bereich der Wehrtechnik und im Cyberraum führt zu neuen und schwer kalkulierbaren Risiken. Der Cyberraum öffnet der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spionage immer neue Tore und ist auch für die Aktivitäten von terroristischen, gewaltextremistischen und kriminellen Gruppierungen von grosser Bedeutung.

Die Grossmächte vermeiden im militärischen Bereich die direkte Konfrontation. China konzentriert sich auf den Ausbau seiner Einflusssphäre, und Russland sucht

seine Einflusssphäre zu stärken. Präsident Biden will die internationale Führungsverantwortung der USA anders als Präsident Trump im Verbund der westlich orientierten Staaten wahrnehmen. Die USA werden sich auch unter Präsident Biden auf die strategische Herausforderung China konzentrieren. Insbesondere Chinas Aufstieg als globale Technologiemacht wird als Bedrohung gesehen. Die USA werden von den europäischen Verbündeten verlangen, dass sie in Europa mehr Verantwortung für ihre eigene Sicherheit übernehmen und die USA bei der Eindämmung Chinas im wirtschaftlich-technologischen Bereich unterstützen.

Die EU hat durch ihr wirtschaftliches Gewicht das Potenzial eines einflussreichen globalen Akteurs. Doch bleibt die Ausschöpfung dieses Potenzials infolge der schwierigen Konsenssuche offen. Initiativen wie die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) oder der Europäische Verteidigungsfonds zeugen vom Willen, die Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Dennoch ist die EU weit davon entfernt, gegenüber den USA und der Nato strategische Autonomie zu erlangen. Zudem könnte die Covid-19-Pandemie ihr Streben nach verteidigungspolitischer Autonomie und die Investitionen in militärische Sicherheit bremsen.

Unter den Regionalmächten strebt die Türkei am aggressivsten nach Ausdehnung ihrer Einflusssphäre und ist neben dem Nordirak auch in Syrien und Libyen militärisch engagiert.

Die Schweiz ist nicht direkt betroffen vom Streben Russlands, seine Einflusssphäre in Osteuropa zu stärken, oder von Chinas erhöhten militärischen Aktivitäten im Süd- und Ostchinesischen Meer. Insgesamt nimmt die Schutzwirkung des sicherheitspolitischen Umfelds der Schweiz aber weiter ab. Die globalen und regionalen machtpolitischen Rivalitäten haben eine Vielzahl von Auswirkungen auf die innere Sicherheit der Schweiz. Die Abwehr von Proliferations- und Spionageversuchen erfordert immer mehr Aufmerksamkeit und Aufwand. Die Terrorbedrohung bleibt erhöht. Das Gewaltpotenzial des Rechts- und Linksextremismus in der Schweiz besteht weiter; beide Szenen sind international vernetzt.

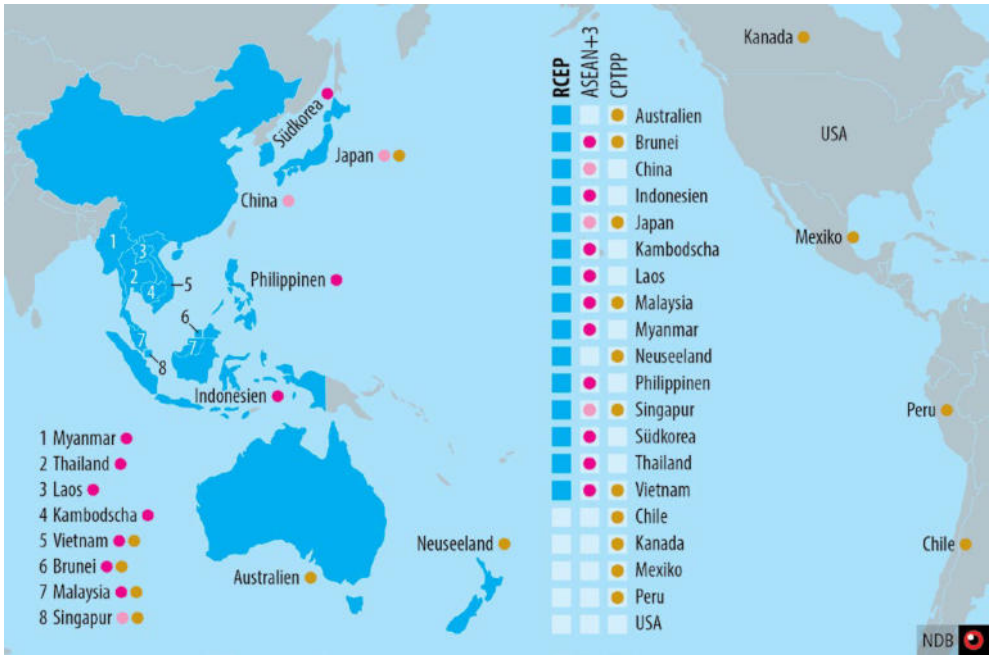
Die Pandemie hat die wirtschaftliche Lage in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten weiter verschlechtert. Hingegen wirken Massnahmen wie Reisebeschränkungen und lokale Versammlungsverbote bremsend auf die Migration nach Europa oder auf die Massenproteste insbesondere im Irak und im Libanon.

China: Verstärkung und Erweiterung der Einflusssphäre

Präsident Xi Jinping ist es gelungen, zahlreiche Getreue in hohen Ämtern der Partei und des Staats zu platzieren. Er konnte seine politische und ideologische Linie durchsetzen. Seine Hauptziele sind, die Kontrolle der Partei über China zu verstärken, die Lebensumstände der Bevölkerung auf ein neues Niveau zu heben und sein Land an die Spitze technologischer Entwicklungen zu bringen. Gestützt auf das Wachstum des Binnenmarkts verfügt die Wirtschaft über ein solides Wachstum, obwohl sie unter Druck sowohl innerer wie äusserer Faktoren (Überschuldung, amerikanische Zölle und andere Handelsbeschränkungen) steht. In Verbindung mit effizienten Massnahmen gegen Covid-19 hat dies China erlaubt, das vom hundertsten Jahrestag der Kommunistischen Partei gekrönte Jahr 2021 gelassen in Angriff zu nehmen, während sich die Menschenrechtslage im Land weiter verschlechtert.

Die Partei ist fest entschlossen, den wirtschaftlichen und politischen Aufstieg des Landes voranzutreiben und zunehmend Einfluss auf die internationale Ordnung zu nehmen. China stellt sich als Unterstützer des Multilateralismus dar und tritt für Freihandel ein. Mit dem regionalen Freihandelsabkommen (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP) kann es seinen wirtschaftlichen und politischen

Pazifik: Handelsabkommen und Wirtschaftsräume



Einfluss in Asien weiter ausbreiten. Damit erhöht sich der Druck auf die USA, in Asien präsenter zu sein. Global polarisiert China spätestens seit der Pandemie. Chinas propagandistische Inszenierung des eigenen Systems, die verstärkte Einflussnahme und punktuelle wirtschaftliche Strafmassnahmen fachen den Systemkonflikt zwischen den liberalen Staaten des Westens und China weiter an.

China zeigt sich im Hinblick auf seine territorialen Ansprüche in den Randregionen wie dem Südchinesischen Meer oder gegenüber Taiwan kompromisslos. Es setzt dabei nicht in erster Linie auf die Volksbefreiungsarmee, sondern übt politischen und wirtschaftlichen Druck aus. In Territorialkonflikten im Süd- und Ostchinesischen Meer verteidigen an vorderster Front zivile und paramilitärische Akteure Chinas Interessen. Die von Präsident Xi mit Nachdruck verfolgte Modernisierung der Streitkräfte zementiert machtpolitisch den Führungsanspruch in der Region.

Russland: Konsolidierung der Einflusssphäre

2020 leitete Präsident Wladimir Putin formale Vorbereitungen zur Machtsicherung über das Jahr 2024 hinaus ein, dem Ende seiner vierten Amtszeit als Präsident. Im Juli 2020 liess er per Volksabstimmung eine Verfassungsänderung absegnen, die ihm alle Möglichkeiten offenhält, weiter in einer zentralen Position zu wirken. Die russische Führung baut auf stetig erhöhte Kontrollen im Innern. Im August 2020 wurde der bekannteste Oppositionelle, Alexej Nawalny, mit einem Nervengift von militärischer Qualität vergiftet. Nach seiner Rekonvaleszenz und Rückkehr nach Russland wurde er verhaftet und musste Anfang 2021 eine zuvor zur Bewährung ausgesetzte, mehrjährige Haftstrafe antreten. Im September 2020 gewann die Regierungspartei Einheitliches Russland ohne Schwierigkeiten die Regional- und Kommunalwahlen, die auch als Testlauf für die Wahlen zur Staatsduma (parlamentarisches Unterhaus) vom September 2021 dienten. Die Wirtschaftspolitik kämpft mit erheblichen Folgen der Covid-19-Pandemie und mit Sanktionen westlicher Staaten. Russlands Führung hält bisher jedoch an ihrem fiskalpolitisch konservativen Kurs fest, der Rückstellungen, Autarkie und Resilienz höher gewichtet als Investitionen und Sozialausgaben.

Aussen- und sicherheitspolitisch legt Russland sein Schwergewicht weiterhin darauf, an seiner Westgrenze – im strategisch wichtigen Raum gegenüber der Nato und der EU – und an der Südgrenze – im Raum gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten – seinen mit dem Zerfall der Sowjetunion verlorenen Einfluss zurückzuerlangen. In Belarus hat Russland seinen Einfluss erhöht: In der Krise nach der umstrittenen Präsidentschaftswahl im August 2020 riegelte Russland den Schauplatz weitgehend gegen westlichen Einfluss ab und half mit, das Regime von Präsident

Alexander Lukaschenko vor dem Sturz zu bewahren. Russland bringt sich damit in Position, Belarus nachhaltig an sich zu binden. In der Ukraine arbeitet Russland darauf hin, die schwache Präsidentschaft und einflussreiche Oligarchen für den Aufbau prorussischer Strukturen zu nutzen, um mittelfristig ausreichend Einfluss auf die strategische Entscheidungsfindung in Kiew zurückzuerlangen. Die prorussischen Separatistengebiete bleiben dabei der wichtigste Hebel Russlands, um die Westaus-

Russlands militärische Einflusssphären (regionaler Ausschnitt)

richtung der Ukraine zu verhindern. Im Südkaukasus bestätigte Russland 2020 seine dominante Rolle, als es im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien um Bergkarabach den Waffenstillstand vermittelte und als dessen Garant seine eigene militärische Präsenz in der Region ausbaute. Russland erwirkte die Nachkriegsordnung in Absprache mit der Türkei, ohne die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einzubeziehen.

Gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten mit seinen gravierenden Instabilitäten und Sicherheitsrisiken ist der Kaukasus ein strategisch wichtiger Teil der russischen Grenzbefestigung. Zur Türkei, die mit dem Bosporus den für die russische Wirtschaft vitalen Ausgang ins Mittelmeer kontrolliert, entwickelte Russland in den vergangenen Jahren starke Beziehungen, insbesondere im Energie- und im Rüstungsbereich. Diese Partnerschaft dient Russland unter anderem zur Schwächung seines Hauptgegners, der Nato, und der Türkei nützt sie bei der Abstützung ihrer ausgreifenden Regionalpolitik. Die russisch-türkischen Beziehungen gestalten sich derzeit pragmatisch, denn die beiden Präsidenten finden immer wieder Wege, die konkurrierenden Einflusszonen – etwa in Syrien, Libyen und zuletzt im Kaukasus – gegeneinander abzugrenzen.

USA: Schwieriges Erbe für Joe Biden

Der strategische Wettbewerb mit China bleibt im Fokus der amerikanischen Sicherheitspolitik. Die Politik Präsident Trumps konnte sich auf einen breiten inneramerikanischen Konsens für eine harte Linie gegenüber China stützen, auch wenn das unilaterale Vorgehen des Präsidenten und der Fokus auf die Errichtung hoher Zollschranken durchaus umstritten waren. Mit zentralen Anliegen wie der Bekämpfung problematischer Handelspraktiken Chinas hätte Trump auch breite internationale Unterstützung finden können. Er unterliess es jedoch, dieses Potenzial gegen China wirksam zu mobilisieren. Seine Massnahmen (zum Beispiel Zölle gegen Alliierte, nationalistische Politik im Verlauf der Covid-19-Pandemie, Austritt aus der Weltgesundheitsorganisation und dem UNO-Menschenrechtsrat) waren diesbezüglich sogar kontraproduktiv.

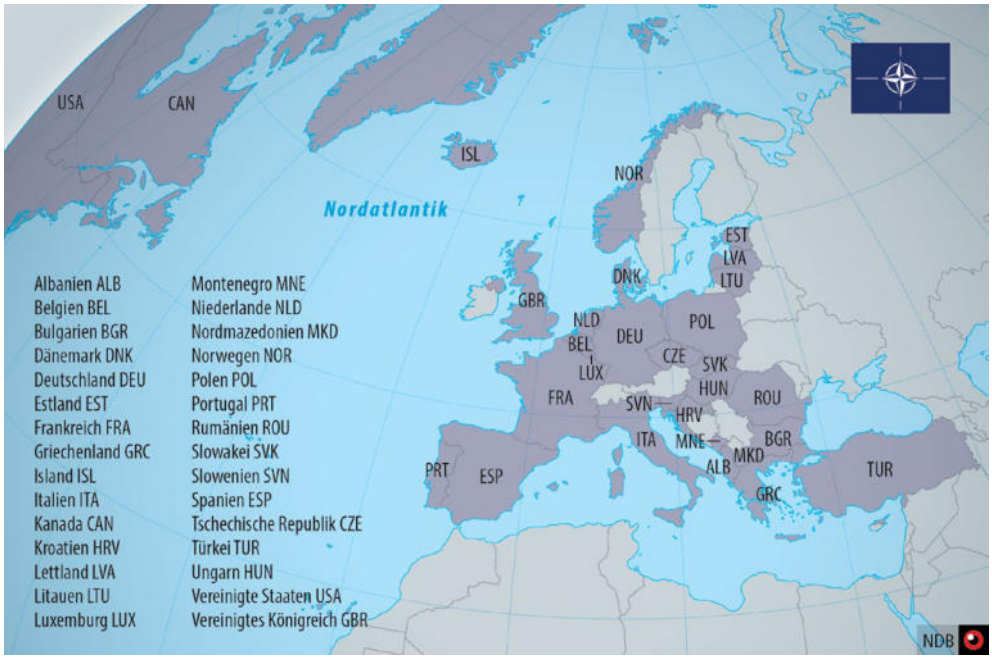
Die Trump-Administration kodifizierte in ihren Strategiedokumenten 2017 und 2018 eine antagonistische Russlandpolitik. Trump selbst versuchte zwar auch, eine Normalisierung im Verhältnis der beiden Nuklearmächte zu erreichen. Faktoren wie die Kontroverse um die russische Einflussnahme auf Wahlen in den USA, die harte Sanktionspolitik des US-Kongresses, aber auch die Einmischung Russlands in der Ukraine, Syrien, Libyen und in Belarus sowie das Attentat auf Nawalny sorgten

jedoch dafür, dass sich die russisch-amerikanischen Beziehungen bis zum Ende seiner Amtszeit weiter verschlechterten.

Auch unter Trump bauten die USA ihr militärisches Engagement an der Ostflanke der Nato weiter aus und stärkten insbesondere die Rolle Polens sowie die Fähigkeiten, rasch Verstärkung aus den USA an die Nato-Ostflanke zu verlegen. Trump kritisierte die Alliierten aber auch heftig, weckte Zweifel an den Sicherheitsgarantien der USA und deutete gar einen möglichen Austritt aus der Nato an. Auch wenn seine Kritik an ungenügenden europäischen Verteidigungsleistungen nicht unberechtigt war, fügte er der Nato mit seiner exzessiven Rhetorik oder mit der Entscheidung für eine Reduktion der amerikanischen Streitkräftepräsenz in Deutschland erheblichen Schaden zu.

Zur Belastung des transatlantischen Verhältnisses trug auch die Iranpolitik Trumps bei. Die Politik des maximalen Drucks mit ihren harten, extraterritorial wirkenden Sekundärsanktionen hat die internationale Unterstützung für die Linie der USA gegen Iran stark geschwächt. Die Massnahmen der USA haben der Wirtschaft Irans zwar grossen Schaden zugefügt, das Ziel einer stärkeren Begrenzung der iranischen Nuklear- und Raketenprogramme aber ebenso wenig erreicht wie eine Abkehr Irans von seiner aus amerikanischer Sicht „bösartigen“ Regionalpolitik.

Nato-Mitgliedstaaten



Was erwartet der NDB?

Schweiz/Europa: Zunahme der Bedrohungen insbesondere im Cyberraum

Die drei Grossmächte und die beiden Regionalmächte Türkei und Iran werden weiterhin um Einfluss ringen. Ihr Machtstreben hat Auswirkungen auf die Sicherheit Europas und damit auf die Schweiz. Die Schweiz wird damit rechnen müssen, dass die USA auch unter Präsident Biden ihre Bemühungen fortsetzen werden, Europa möglichst stark in eine gemeinsame Technologiepolitik gegenüber China einzubinden. Auch wenn Biden konzilianter und diplomatischer vorgehen wird, werden die USA wohl bestrebt bleiben, den Zugang chinesischer Technologieunternehmen zu den europäischen Märkten zu begrenzen und Europa für koordinierte Exportkontrollmassnahmen gegenüber China zu gewinnen.

Mit dem Rückgang der Covid-19-Pandemie und der damit verbundenen Aufhebung von Reisebeschränkungen wird die legale und illegale Migration nach Europa und in die Schweiz wieder zunehmen. Regionale Konflikte werden die bestehenden Migrationsbewegungen verstärken.

Besonders deutlich werden die Bedrohungen im Cyberraum werden, wo täglich massive Angriffe stattfinden, sei es von staatlichen Akteuren oder von finanziell motivierten Cyberkriminellen. Im Cyberraum öffnen sich der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Spionage immer neue Türen. Der Cyberraum ist auch für die Aktivitäten von terroristischen und gewaltextremistischen Gruppierungen von grosser Bedeutung.

China: Aufstieg ist so gut wie sicher

Präsident Xi Jinping wird wahrscheinlich 2022 an der Partei- und 2023 an der Staatsspitze bleiben. Unter seiner Führung wird China prioritär an der Sanierung und Stabilisierung der eigenen Wirtschaft arbeiten. Investieren wird China in Spitzentechnologie, die seinen militärischen und zivilen Interessen dient. Es wird damit ein zwiespältiges Resultat erzielen; sektorielle Krisen sind wahrscheinlich. Eine tiefe und umfassende Wirtschaftskrise ist allerdings nicht absehbar. Innenpolitisch wird Xi Jinping seinen Kurs beibehalten: Er wird versuchen, die Autorität der Partei zu stärken, die Minderheiten zu sinisieren und eine starke Kontrolle Chinas über Hongkong einzurichten. Die strategische Ausrichtung, China bis zum hundertsten Jahrestag der Gründung der Volksrepublik (1949) zu einer Macht mit globalem Einfluss zu machen, wird die Grundlage des Regierungshandelns bleiben, obwohl dem Faktoren wie die alarmierend zunehmende und bisher ungelöste Überalterung der Bevölkerung und das im Vergleich zu früher feindseligere internationale Umfeld entgegenstehen.

1. Inselkette: Seestrategische Kerninteressen Chinas
2. Inselkette: Interessensgebiet mit unmittelbarem Einfluss auf Chinas Sicherheit

Der Aufstieg Chinas zur globalen Grossmacht ist so gut wie sicher. Integration durch Übernahme internationaler Normen und Regeln steht dabei nicht im Vordergrund, sondern erfolgt selektiv, wenn dies im nationalen Interesse Chinas liegt. Zudem wirkt China zunehmend auf die heutige Weltordnung ein, um ideologisch Pluralität und sicherheitspolitisch Multipolarität zu fördern. Die Kommunistische Partei Chinas präsentiert das autoritäre und staatskapitalistische Regierungsmodell Chinas als alternative Regierungsform zur liberalen Demokratie. Zudem soll kein einzelner Staat weltweit bestimmend auftreten.

Langfristig will China die von ihm beanspruchten Gebiete vollständig unter seine Kontrolle bringen. Es wird dazu weiterhin seine Kontrollfähigkeiten im beanspruchten Raum ausbauen und festigen, gleichzeitig jedoch allzu provokante Schritte möglichst vermeiden. Die Streitkräfte werden im Zug ihrer kontinuierlichen Reform und Modernisierung zunehmend selbstbewusst auftreten und punktuell auch in grösserer Entfernung vom chinesischen Festland für aussen- und sicherheitspolitische Zwecke eingesetzt werden. Ihre Präsenz wird dabei besonders in Gebieten zunehmen, die für China strategisch relevant sind. Konfrontationen in weiter entfernten Regionen wird China aber auch weiterhin zu vermeiden suchen.

Russland: Wahrung der inneren Stabilität und Absicherung der Einflusssphäre

Innenpolitisch befindet sich Russland in einem geordneten Umbau zur Absicherung des Systems Putin über 2024 hinaus. In diesem Prozess sind weitere legislative, institutionelle und personelle Massnahmen zu erwarten, die die interne Stabilität für mindestens ein weiteres Jahrzehnt garantieren sollen. Die Verjüngung auf allen Ebenen ist wahrscheinlich ein wichtiges Ziel dieser Massnahmen, aber auch der Ausbau der Mechanismen zur Kontrolle und Abschreckung von Dissens im Innern. Von besonderer Bedeutung für die Stabilität ist die Wahrung eines Gleichgewichts unter den zentralen Machtorganen des Systems Putin und unter den mächtigen Interessengruppen im Führungskern, die diese Machtorgane kontrollieren. Die weltwirtschaftlichen Folgen der Pandemie stellen auch Russland vor Herausforderungen. Von einem anhaltenden Einbruch der Ölpreise unter die für Russland kritische Marke von 30 Dollar pro Fass ist man zur Zeit weit entfernt, die Resilienz des Systems dürfte damit auf absehbare Zeit gewahrt werden können.

Der starke Fokus auf die interne Entwicklung des Systems wird in der russischen Aussen- und Sicherheitspolitik allenfalls das Tempo, nicht aber den Handlungsspielraum einschränken. Die Staaten in den westlichen und südlichen Einflusszonen

Russlands durchlaufen ihrerseits Schwierigkeiten, die durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch verschärft werden. Mit Belarus wird Russland die laufenden Verhandlungen über eine verstärkte politische, wirtschaftliche und militärische Anbindung aus einer Position der Stärke führen können. In der für Russland historisch und strategisch zentralen Ukraine kann Russland damit rechnen, dass die Machtkämpfe die Präsidentschaft und den Reformkurs schwächen und die Oligarchen ihre politischen und geschäftlichen Beziehungen wieder vermehrt auch nach Russland ausrichten werden. Der Waffenstillstand in der Ostukraine dürfte zwar häufig gebrochen, aber offiziell nicht aufgekündigt werden. Im Südkaukasus wird Russland die fortwährenden Interessenkonflikte zwischen Armenien und Aserbaidschan zur Durchsetzung eigener Interessen nutzen und mit der Zeit auch den Handlungsspielraum Georgiens, das Land im Kaukasus, das seit dem Zerfall der Sowjetunion am wenigsten auf Russland ausgerichtet ist, einschränken können.

Die starken Beziehungen Russlands zur Türkei beruhen auf wirksamen wirtschaftlichen Treibern und einer häufig gleichgerichteten konfrontativen Politik gegenüber Europa. Ohne gravierende Einbrüche ihrer Wirtschaften oder eskalierende bilaterale Interessenkonflikte ist mittelfristig eine weitere Stärkung dieser Beziehungen zu erwarten. Damit könnten sowohl Russland als auch die Türkei ihre Positionen gegenüber Europa ausbauen und in Konflikten im Mittelmeerraum – von der Ägäis über Syrien bis nach Libyen – weiter an Einfluss gewinnen.

USA: Back to the Future?

Die Bewältigung der Covid-19-Pandemie und deren Folgen werden einen grossen Teil der Energien der neuen Administration beanspruchen. Dennoch zeigt sich Präsident Biden bemüht, bereits in den ersten Monaten seiner Amtszeit auch in der Aussen- und Sicherheitspolitik neue beziehungsweise an die Zeit vor Trump anknüpfende Akzente zu setzen. Die Pflege des globalen Allianzsystems der USA, die Rückkehr zu einer engagierten Diplomatie in multilateralem Rahmen und die Verteidigung demokratischer Werte sind zentrale Elemente im Programm Bidens.

In diesem Kontext zeigt sich auch eine deutliche Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Europa. Biden will die transatlantische Allianz wiederbeleben und die Führungsrolle der USA in der Nato wieder verstärkt ausüben. Gleichzeitig wird er aber, wie Obama und Trump vor ihm, eine faire Lastenverteilung zwischen den USA und Europa anstreben und von den Verbündeten trotz Pandemie und Wirtschaftskrise höhere Verteidigungsausgaben fordern. Die Biden-Administration wird zudem der Kooperation mit den Verbündeten im Umgang mit globalen

Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemien, Proliferation und Terrorismus hohe Priorität einräumen. Die transatlantische Perspektive über die Amtszeit Präsident Bidens hinaus bleibt ungewiss.

Mit einer substanziellen Verbesserung der amerikanisch-russischen Beziehungen ist vorerst nicht zu rechnen. Allerdings wird sich Präsident Biden bemühen, in der für das Verhältnis zwischen den Atommächten Russland und USA besonders wichtigen Rüstungskontrolle Fortschritte zu erzielen. Mit der Verlängerung des New-START-Vertrags zur Begrenzung der strategischen Nuklearstreitkräfte ist hier ein erstes wichtiges Ergebnis zu verzeichnen.

Der globale Wettbewerb mit China wird auch unter Biden die Agenda der USA prägen. Hier wird ein besonderer Fokus darauf liegen, den USA eine führende Stellung im Bereich der für ihre zukünftige wirtschaftliche und militärische Stärke entscheidenden Technologien zu sichern. Restriktive Massnahmen wie die Begrenzung des chinesischen Zugangs zu amerikanischer Spitzentechnologie durch Exportkontrollen oder der weitgehende Ausschluss chinesischer Anbieter vom amerikanischen Telekommunikationsmarkt werden dabei weiterhin eine wichtige Rolle spielen.

USA: Alliierte und strategische Partner im Pazifik

Zugleich will die neue Administration aber auch versuchen, durch Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie das Bildungswesen und die Förderung wichtiger Industriezweige die Stellung der USA im globalen Wettbewerb zu stärken.

Präsident Biden wird auch in der Chinapolitik stark auf das weltweite Netzwerk von Alliierten der USA setzen. Auch die Nato wird damit rechnen müssen, dass die USA vermehrt eine Unterstützung ihrer Position im globalen Wettbewerb mit China anstreben werden. Für die strategische Position der USA im indo-pazifischen Raum bleibt aber das breite Netz von Verbündeten und Partnern von Japan und Südkorea über südostasiatische Staaten und Australien bis Indien von zentraler Bedeutung. Biden wird die Sicherheitsgarantien der USA in der Region bekräftigen. Zugleich wird es aber auch für die Biden-Administration schwierig sein, einer weiteren Verschiebung des militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten Chinas zu begegnen. Die Bewältigung der Coronakrise und weitere innenpolitische Prioritäten Bidens werden den finanziellen Spielraum für aufwendige Programme zur Modernisierung der Streitkräfte begrenzen.

Biden wird bestrebt sein, das militärische Engagement der USA in den Konfliktregionen des Nahen und Mittleren Ostens so gering wie möglich zu halten. Im Konflikt mit Iran priorisiert die neue Administration Verhandlungen, um eine wirksame und langfristige Begrenzung des iranischen Nuklearprogramms zu erreichen und die Spannungen in der Golfregion abzubauen.

Horn von Afrika: Äthiopien und Sudan im Strudel der Veränderungen

Äthiopien | Äthiopien ist der wichtigste Akteur am Horn von Afrika; es beherbergt den Sitz der Afrikanischen Union (AU) und spielt diplomatisch und militärisch eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Konflikte seiner Nachbarländer, insbesondere Somalias, des Sudans und Südsudans. Die 2018 vom äthiopischen Premierminister Ahmed Abiy lancierte regionale Friedensinitiative hat zur Beruhigung der Beziehungen zwischen Äthiopien und Eritrea geführt. Dies hat Abiy 2019 den Friedensnobelpreis eingebracht. Innenpolitisch jedoch wurde das fragile politische Gleichgewicht der Ethnien durch die Opposition regionaler Eliten gegen Abiy und wegen politischen und föderalen Spannungen gestört, insbesondere zwischen der Zentralregierung und der Region Tigray. Diese Spannungen mündeten im November 2020 in einen bewaffneten Konflikt; Bundestruppen stellten die Kontrolle über die Hauptstadt des Tigrays wieder her.

Die zurückhaltenden Reaktionen der internationalen Gemeinschaft und die Unterstützung der Grossmächte China und Russland hinsichtlich des Konflikts im Tigray haben Premierminister Abiy darin bestärkt, gegebenenfalls gegenüber autonomistischen Bewegungen in den Regionen eine harte Linie zu verfolgen. Das bringt ihn 2021 auch in eine aussichtsreiche Position, allenfalls wiedergewählt zu werden. Umgekehrt stellt die Befriedung des Tigrays nicht notwendigerweise eine dauerhafte Rückkehr zum Frieden dar. Im Gegenteil könnte dies Oppositionsgruppierungen dazu anregen, zu Guerillaaktionen überzugehen. Trotz dem gestärkten Zugriff Abiys auf die politischen Behörden auf Bundes- und Regionalebene und dem Interesse der Staaten am Horn von Afrika an regionaler Stabilität könnte die eritreische Unterstützung für die äthiopischen Bundestruppen im Tigray den regionalen Entspannungsprozess verlangsamen. Die Auswirkungen dieser Krise, sowohl hinsichtlich der Sicherheit wie der humanitären Lage, sind auch in Eritrea, Somalia und im Sudan spürbar. International könnte die Lage auch die Verhandlungen bremsen, in denen Rechtsstreitigkeiten mit Ägypten um das Nilwasser und die Nutzung des Grand-Ethiopian-Renaissance-Damms beigelegt werden sollen.

Sudan | In mehreren Regionen des Sudans formierten sich unter dem Regime Omar al-Bachirs (1989–2019) bewaffnete oppositionelle Gruppierungen. Nach sechs Monate währenden, mit der katastrophalen Wirtschaftslage zusammenhängenden Protesten der Bevölkerung wurde Bachir 2019 als Präsident gestürzt. Ein Kompromiss zwischen zivilen und militärischen Akteuren erlaubte die Bildung provisorischer Institutionen, die den schwierigen Übergang bewerkstelligen sollen. Im Oktober 2020 unterzeichneten die Übergangsregierung und die Mehrzahl

der bewaffneten Gruppierungen nach einjährigen Verhandlungen ein Friedensabkommen. International, namentlich von der UNO, der AU und der EU, wurde das Abkommen begrüsst, obwohl es die Übergangsphase von 2022 bis 2024 verlängert. Es sorgt zwar nicht für Einmütigkeit und ist mit zahlreichen Umsetzungsschwierigkeiten behaftet, stellt aber für die Unterzeichner einen Schritt in die richtige Richtung dar, weil es ihnen die Teilnahme am Übergangsprozess und Einfluss auf dessen Ergebnis ermöglicht.

Die Umsetzung des Friedensabkommens vom Oktober 2020 im Sudan profitiert von Umständen, die für die Lösung des Konflikts im Darfur günstiger sind als bei früheren Versuchen. So zeigt sich die Übergangsregierung stärker an Integration interessiert und ist gewillt, die Gewichte im Land zu verschieben. Insbesondere hinsichtlich Wirtschaft und Sicherheit wird die Umsetzung aber vor grossen Schwierigkeiten stehen. Zwar wird die Aufhebung der letzten amerikanischen Sanktionen (Streichung von der Liste der Staaten, die Terrorismus unterstützen) es erlauben, internationale Finanzhilfe zu mobilisieren, aber diese wird nicht ausreichen, um die wirtschaftliche Lage im Sudan zu stabilisieren. Die Militärs werden versuchen, ihr Mandat in der Übergangsregierung zu verlängern, bevor sie die Macht in zivile Hände legen. Dies wird die Verhandlungen erschweren, die zur Umsetzung des Friedensabkommens notwendig sind, und die Transition beschädigen.

Horn von Afrika

Dschihadistischer und ethno-nationalistischer Terrorismus

Was sieht der NDB?

Terrorbedrohung weiterhin erhöht

Die Terrorbedrohung in der Schweiz bleibt erhöht. Sie geht primär von der dschihadistischen Bewegung aus. Die Anschläge 2020 in der Schweiz und in den Nachbarländern Frankreich, Deutschland und Österreich bestätigen diese Beurteilung. Anschläge mit geringem organisatorischem und logistischem Aufwand, verübt von autonom agierenden Einzeltätern, sind die wahrscheinlichste Bedrohung. Allfällige Anschläge dürften sich primär gegen sogenannt weiche Ziele wie Menschengruppen, wenig gesicherte Gebäude und Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs richten. Immer häufiger fallen bei den Tätern Radikalisierung und Gewaltorientierung auch mit persönlichen Krisen oder psychischen Problemen zusammen.

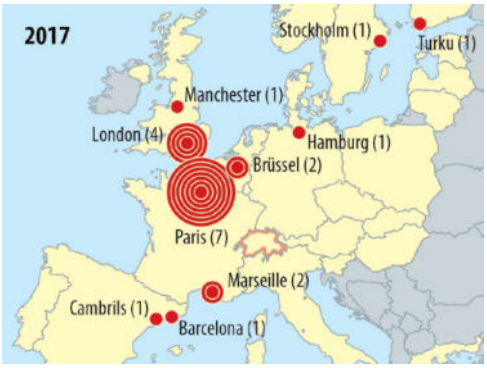
Die dschihadistische Bewegung und ihre wichtigsten Akteure, der „Islamische Staat“ und die al-Qaida, prägen die Terrorbedrohung in Europa und damit in der Schweiz massgeblich. Der „Islamische Staat“ verfolgt seine internationale Agenda weiter, hat aber drastisch an eigenen Fähigkeiten und Ressourcen eingebüsst. Die Kernorganisation des „Islamischen Staats“ ist nach Einschätzung des NDB derzeit kaum in der Lage, selber Anschläge in europäischen Ländern vorzubereiten oder zu verüben. Obwohl die Propagandaaktivitäten des „Islamischen Staats“ unter Druck geraten sind, bleibt die Ideologie als Nährboden und Inspirationsquelle erhalten.

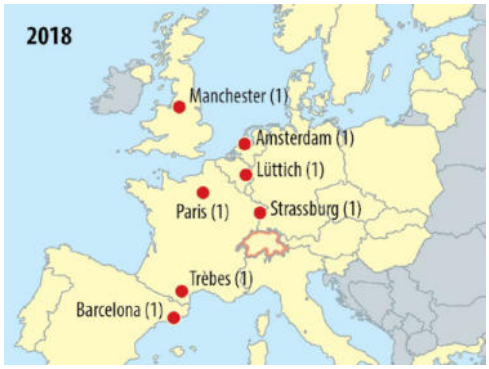
Anschläge in Europa

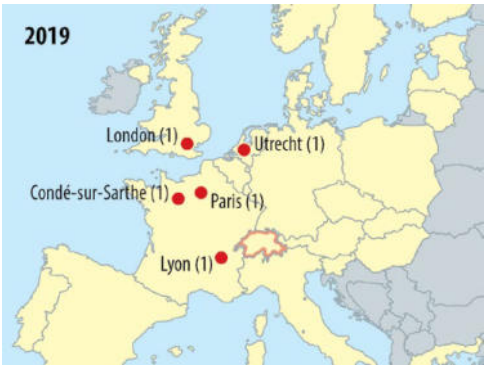
Anschläge und Anschlagsplanungen in Europa wiesen seit 2017 kaum mehr einen direkten Bezug zur Kernorganisation des „Islamischen Staats“ auf. Die Anschläge in Frankreich, wo Ende Oktober 2020 in einer Basilika in Nizza drei Menschen erstochen wurden und es bereits zuvor zu Anschlägen in und bei Paris gekommen war, wurden ebenso von Einzeltätern verübt wie der Anschlag in der österreichischen Hauptstadt Wien, wo Anfang November 2020 ein Täter vier Menschen erschoss und über ein Dutzend Personen verletzte.

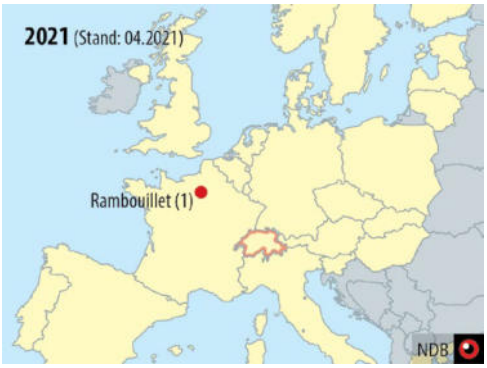
Es bestätigte sich bei diesen Anschlägen, dass die dschihadistische Bewegung international vernetzt ist und persönliche Kontakte auch über Landesgrenzen hinaus existieren. Besonders im Cyberraum sind vom „Islamischen Staat“ geprägte dschihadistische Inhalte noch immer stark verbreitet. Neben dem zentralen Propagandaapparat verbreiten autonom agierende Anhänger des „Islamischen Staats“ auf der ganzen Welt mit grossem Aufwand weiterhin dschihadistisches Gedankengut im Internet. Dabei erreichen sie nicht zuletzt aufgrund der sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie ein grosses Publikum, da sich soziale Kontakte während dieser globalen Krise zunehmend in den virtuellen Raum verlagern.

Dschihadistisch motivierte Terroranschläge
in Europa (Schengenraum und Grossbritanien)
seit 2015
(in Klammer: Anzahl der Anschläge)









Der „Islamische Staat" 2.0.1

Im Konfliktgebiet in Syrien und im Irak operiert die Kernorganisation geografisch verstreut aus dem Untergrund. Die Kernorganisation des „Islamischen Staats" hat zwar im Frühjahr 2019 das territoriale Kalifat verloren, hatte sich aber auf den absehbaren Verlust vorbereitet und Kaderangehörige sowie Finanzen an sichere Orte gebracht. Auf regionaler Ebene bestehen weiterhin intakte Strukturen; in Syrien und im Irak werden immer wieder Anschläge verübt.

Transnationale Netzwerke und angegliederte Regionalgruppierungen der Terrororganisation zeigen sich widerstandsfähig, so etwa in Afghanistan. In anderen Regionen steigern diese teilweise nur lose mit der Kernorganisation des „Islamischen Staats" verbundenen Gruppierungen ihre Aktivitäten sogar und bauen ihren Einfluss aus. So hält etwa der Aufstand einer dschihadistischen Gruppierung im Norden Mosambiks seit inzwischen drei Jahren an. Die Gruppe hat sich 2019 öffentlich zum „Islamischen Staat" bekannt. Ihre Aktivitäten nehmen seit 2020 stetig zu und bedrohen unter anderem milliardenschwere Projekte zur Erdgasförderung in der Region. Auch wenn bislang keine direkten Verbindungen zu dieser regionalen Gruppierung bekannt sind, nutzt die Kernorganisation des „Islamischen Staats" die Gewalttaten zur Propaganda.

Sämtliche Gruppierungen des „Islamischen Staats" verfolgen derzeit eine primär regionale Agenda. So greift in Westafrika der Islamische Staat in der grossen Sahara vor allem lokale Ziele an, aber auch internationale Sicherheitskräfte und Personal humanitärer Organisationen. Zudem versucht er, westliche Ziele in der Region zu treffen, und entführt Angehörige westlicher Staaten. Nebst ideologischen verfolgen die Gruppierungen teils auch kriminelle Absichten.

Anhaltende Bedrohung durch die al-Qaida

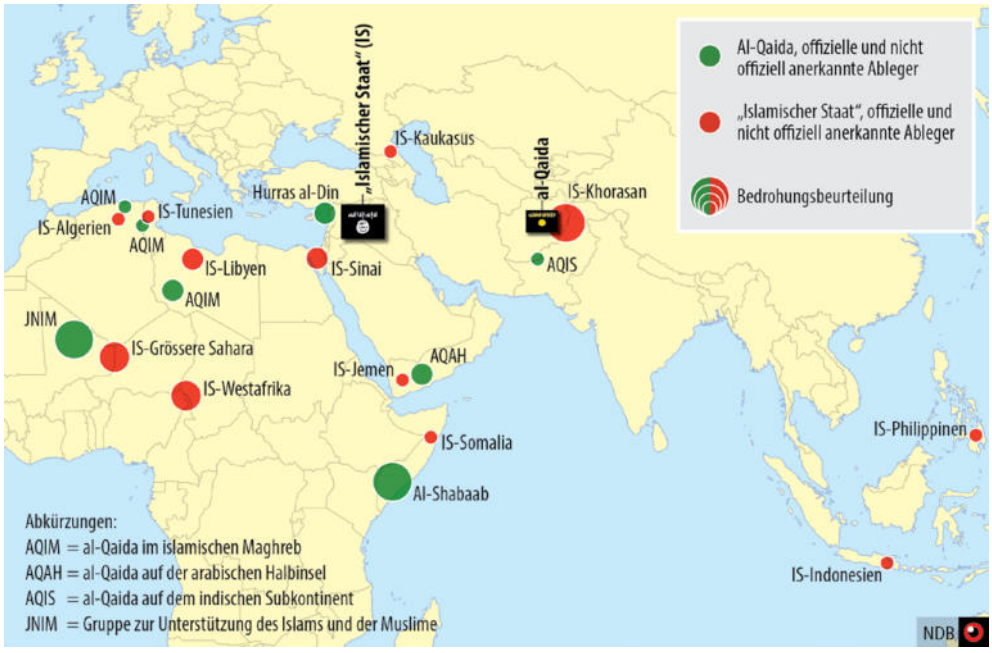
Die Kern-al-Qaida ist weiterhin bestrebt, Anschläge auf westliche Ziele zu verüben. In Frankreich wurden im Dezember 2020 im Zusammenhang mit den Anschlägen vom Januar 2015 auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo" und die Geiselnahme in einem jüdischen Supermarkt nahe von Paris mehrere Personen wegen logistischer Beihilfe zum Terrorismus zu teils langjährigen Haftstrafen verurteilt. Die beiden Urheber des Anschlags auf die Redaktion von „Charlie Hebdo" hatten Verbindungen zur al-Qaida. Deren regionale Ableger wie die al-Qaida auf der arabischen Halbinsel, die al-Qaida im islamischen Maghreb oder die al-Shabaab in Somalia haben teilweise noch immer grossen Einfluss in den jeweiligen Operationsgebieten. Sie propagieren weiterhin den weltweiten Dschihad und Anschläge auf westliche Ziele.

Die Stärken und Fähigkeiten der einzelnen Ableger unterscheiden sich aber, und einige von ihnen verfügen über operative Fähigkeiten, die in den Operationsgebieten für westliche Interessen eine Bedrohung darstellen. Weitere der al-Qaida affiliierte dschihadistische Gruppierungen sind in verschiedenen Regionen Afrikas aktiv, verüben Gewaltakte und entführen Menschen.

Auf dem indischen Subkontinent in der Region Afghanistan-Pakistan-Kaschmir verfügt die Kern-al-Qaida demgegenüber kaum über bedeutende Fähigkeiten. Mehrere Führungspersonen der Organisation wurden getötet. Weil die Kern-al-Qaida aber auf eine Vielzahl von Führungsfiguren aus den eigenen Reihen und denen mit ihr verbundener Gruppierungen zurückgreifen kann, wirkten sich diese Verluste bislang kaum auf die Stabilität und das Fortbestehen der Organisation aus.

Anschläge in Morges und Lugano

Von der dschihadistischen Bewegung inspiriert waren das Tötungsdelikt in Morges VD am 12. September 2020 und der Anschlag in Lugano TI am 24. November 2020. Bei beiden Gewalttaten wurden Messer eingesetzt und spielten die belastende persönliche Lebenssituation und psychische Probleme des Täters beziehungsweise der Täterin eine Rolle.



Islamistische Akteure in der Schweiz

Die islamistische Szene in der Schweiz ist heterogen und kaum organisiert. Für die überwiegende Mehrheit der islamistischen Akteure sind Terrorakte in der Schweiz kein Ziel. Die Bedrohung äussert sich vor allem in Aufrufen zu Gewalt gegen muslimische Minderheiten, die jüdische Gemeinschaft oder westliche Staaten, die in islamischen Staaten militärisch aktiv sind. Eine Minderheit von Personen leistet jedoch möglicherweise finanzielle und logistische Unterstützung für gewalttätige islamistische Akteure im Ausland.

In europäischen Gefängnissen befinden sich weiterhin Hunderte Dschihadisten und Personen, die sich während der Haft radikalisiert haben. Auch nachdem sie ihre Strafe verbüsst haben, können Haftentlassene weiterhin dschihadistischem Gedankengut anhängen und deshalb nach ihrer Entlassung Terroraktivitäten unterstützen oder selbst solchen nachgehen. Auch in der Schweiz beschäftigen radikalisierte Haftentlassene die Sicherheitsbehörden von Bund und Kantonen.

Rückkehrer aus Konfliktgebiet

Weiterhin befinden sich dschihadistisch motivierte Reisende aus der Schweiz im Konfliktgebiet Syrien und Irak. Von den erfassten dschihadistisch motivierten Reisenden kehrten bislang 16 in die Schweiz zurück; die letzte Rückreise fand 2016 statt (siehe Grafik Seite 42). Mit wenigen Ausnahmen verhalten sich die zurückgekehrten Personen unauffällig.

PKK hält an Doppelstrategie fest

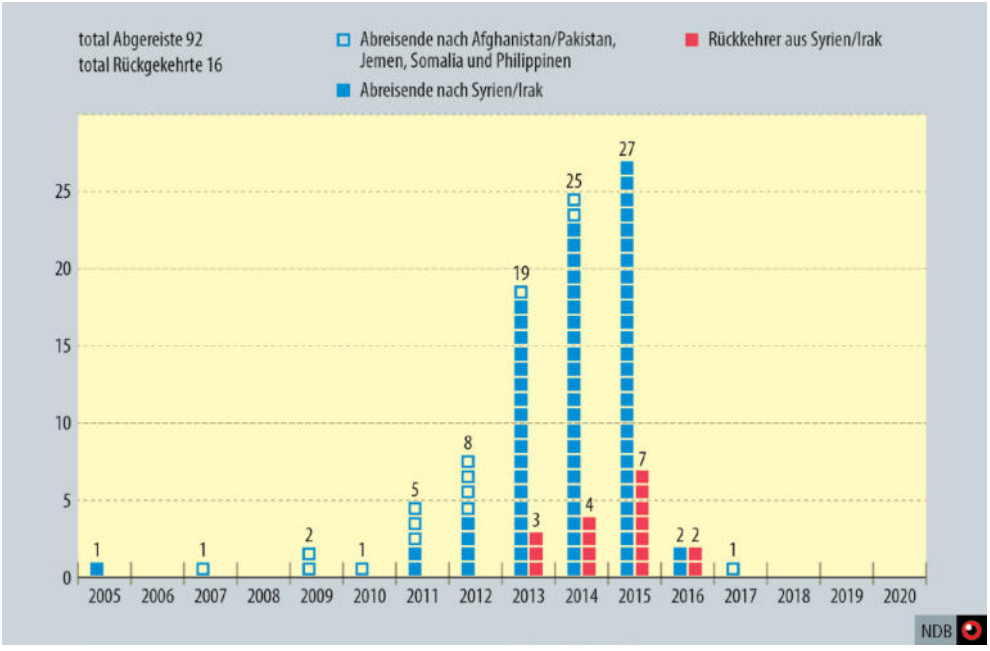
Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) ist in Europa seit Jahrzehnten professionell organisiert und verfolgt mit ihrer Parallelstruktur eine Doppelstrategie: Nebst einem sichtbaren, legalen und politischen Arm mit örtlichen Kulturvereinen verfügt sie über eine verdeckt und teils illegal agierende, gut verankerte, stabile Struktur zur finanziellen und personellen Unterstützung des bewaffneten Kampfs in den Kurdengebieten. Ihre Aktivitäten finanziert die Organisation mit ihrer jährlichen Geldsammelkampagne sowie Einkünften aus legalen und illegalen Geschäften.

Libanesische Hisbollah

In Ländern mit einer grösseren schiitisch-libanesischen Diasporagemeinschaft trägt die libanesische Hisbollah mit kulturellen und religiösen Aktivitäten ihren Teil zur Förderung des Zusammenhalts in der Gemeinschaft bei. In der Schweiz dürften

einige Dutzend Personen die Hisbollah aktiv unterstützen. In Deutschland wurde die Organisation mit einem Betätigungsverbot belegt, weil sie als terroristische Vereinigung eingestuft wird. Die von der libanesischen Hisbollah ausgehende Bedrohung in Europa und auch in der Schweiz ist vor allem auf die Spannungen zum einen zwischen Israel und der Hisbollah, zum andern zwischen Iran und Israel zurückzuführen.

Dschihadistisch motivierte Reisende



Was erwartet der NDB?

Was bleibt vom „Islamischen Staat“?

Nach Beurteilung des NDB könnte der „Islamische Staat“ insbesondere im Irak deutlich an Einfluss gewinnen und damit seinen Handlungsspielraum erweitern. Ein neues Territorium wird die Organisation aber wahrscheinlich nicht erobern können. Abhängig ist diese Entwicklung vom Verfolgungsdruck, dem inneren Zustand der Kernorganisation und den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie. Wie auch die angegliederten Regionalgruppierungen zum Beispiel in Westafrika wird die Kernorganisation sich möglicherweise verstärkt auf ihre Gegner in der Region fokussieren. Die Bedrohung für Europa und damit auch für die Schweiz geht daher vor allem von Aktivitäten autonom agierender einzelner Personen und Kleingruppen aus, die zwar vom „Islamischen Staat“ inspiriert, aber nicht direkt von ihm gesteuert werden.

Regionale Bedrohungen in Afrika

Die dschihadistische Bedrohung in Mali, Burkina Faso und Nigeria bleibt erhöht. Trotz Druck der multinationalen Militärmissionen sind die dschihadistischen Gruppen in der Region weiterhin fähig, gesicherte Ziele anzugreifen. Nebst Anschlägen stellen Entführungen das grösste Risiko in der Region dar. Obwohl die Sicherheitslage im Tschad relativ stabil ist, bleibt die Lage im Norden angespannt, wovon in der Region aktive Terrorgruppen profitieren könnten. Die ganze Region sieht sich mit zunehmenden Aktivitäten von Terrorgruppen konfrontiert. Erste Anzeichen einer Ausdehnung des Aktionsradius dschihadistischer Gruppen sind in den Ländern am Golf von Guinea zu beobachten.

Die Terrorgruppe Islamischer Staat in Libyen besteht trotz einzelnen personellen Verlusten fort; sie kann wegen Sicherheitslücken besonders den Süden als Rückzugsgebiet nutzen. Hier kooperieren ihre Mitglieder punktuell mit lokalen Gruppierungen und verüben Anschläge primär auf Kräfte von Feldmarschall Khalifa Haftar. Wahrscheinlich wird dem Islamischen Staat in Libyen kurzfristig ein Ausbau seiner Kapazitäten nicht gelingen, weil ihm die hierzu nötige Unterstützung aus dem Ausland fehlt.

Auf der Halbinsel Sinai verübt der lokale Ableger des „Islamischen Staats“ weiter regelmässig Anschläge, primär auf ägyptische Sicherheitskräfte und deren Unterstützer. Der ursprünglich im Nordosten aktiven Gruppierung ist es gelungen, den Aktionsradius in den Nordwesten des Sinais zu verlängern.

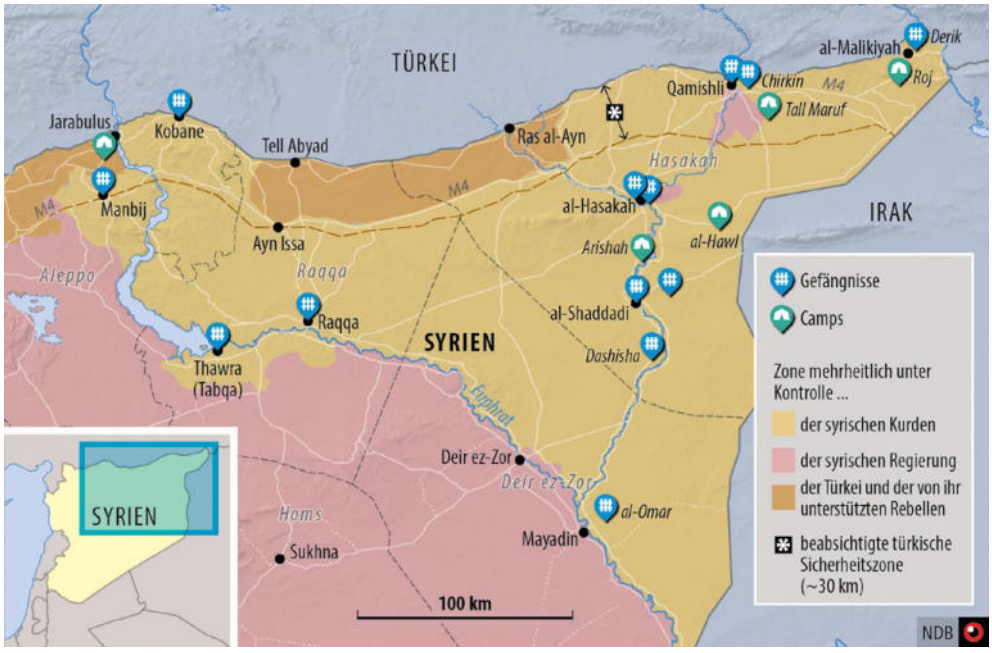
Auf der arabischen Halbinsel bleibt das Risiko für Entführungen hoch, zum Beispiel im Jemen. Die in der Region aktiven Terrorgruppierungen zeigen sich widerstandsfähig und könnten an Einfluss gewinnen.

Umgang mit Dschihadrückkehrern

Im Konfliktgebiet Syrien und Irak halten sich nur wenige dschihadistisch motivierte Reisende mit Schweizer Staatsangehörigkeit auf. Einzelne darunter könnten versuchen, in die Schweiz zurückzukehren. Trotz der verhältnismässig kleinen Anzahl von Rückkehrern, mit denen sich die Schweiz konfrontiert sehen könnte, stellt der Umgang mit diesen Personen eine grosse Herausforderung dar. Sie zu deradikalisieren und wieder in die Gesellschaft zu integrieren, dürfte ein langwieriges Unterfangen mit ungewissen Erfolgsaussichten sein. Wird nach der Covid-19-Pandemie die Mobilität in Europa wieder grösser, nehmen auch die Möglichkeiten zu, dass sich aus dem Dschihad zurückgekehrte Personen über Staatsgrenzen hinweg vernetzen und bewegen können.

Ähnlich verhält sich die Situation beim Umgang mit Personen, die sich während der Haft in einem Gefängnis weiter radikalisiert oder dort überhaupt erst zur dschihadistischen Ideologie gefunden haben. Die Reintegration in die Gesellschaft bleibt schwierig und Haftentlassene können nicht rund um die Uhr beobachtet werden. Auch in der Schweiz können zudem Ausweisungsentscheide teils nicht vollzogen werden, selbst wenn sie rechtskräftig sind.

Nordostsyrien: Gefängnisse und Lager, in denen Kämpfer und Anhänger des „Islamischen Staats" sowie ihre Familienangehörigen untergebracht sind.

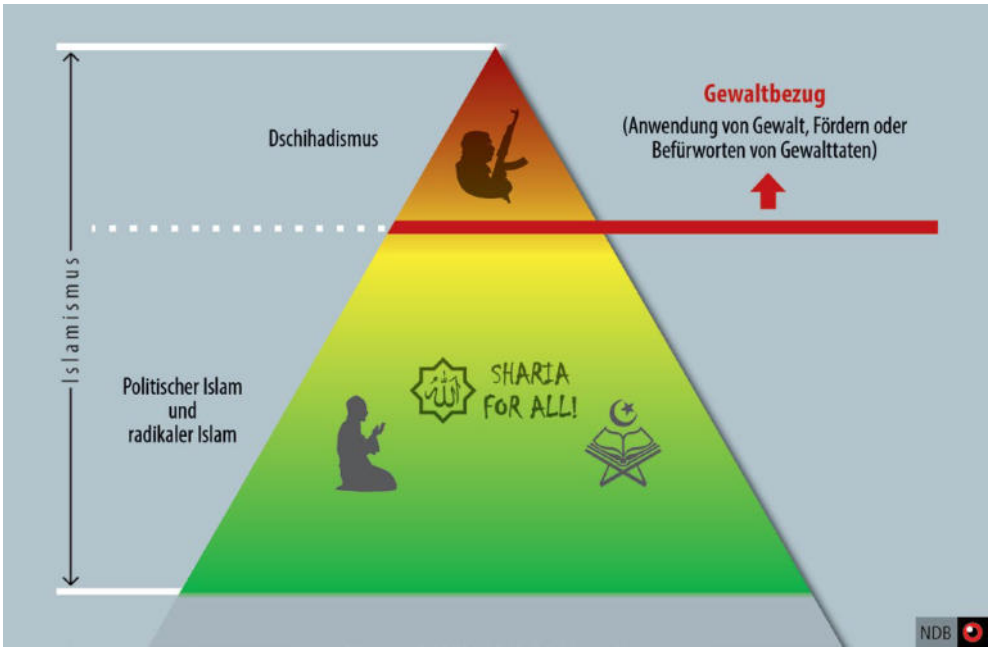


Dschihadistische Propaganda hält an

Die Massnahmen gegen die Covid-19-Pandemie haben unter anderem dazu geführt, dass die Mobilität von Personen eingeschränkt ist. Als Folge davon hat der virtuelle Raum als Ort der Propaganda weiter an Relevanz gewonnen. Der Propagandaapparat des „Islamischen Staats" funktioniert noch, offenbart aber zunehmend Schwächen, was sich etwa am Rückgang der Anzahl an Online-Publikationen festmachen lässt. Dennoch ist davon auszugehen, dass sich vom „Islamischen Staat" geprägte dschihadistische Inhalte weiterhin rasch im virtuellen Raum verbreiten werden, auch wegen der Aktivitäten autonom agierender Anhänger der Terrororganisation. Massnahmen, um der Radikalisierung entgegenzutreten, könnten Länder wie zum Beispiel Frankreich stärker in den Brennpunkt der Propaganda rücken. Häufig werden in sozialen Medien dschihadistische Inhalte, darunter zum Beispiel Anleitungen für Terrorakte, verschlüsselt ausgetauscht.

Entwicklung der islamistischen Szene in der Schweiz

Obwohl die islamistische Szene in der Schweiz überschaubar und wenig organisiert ist, kann von ihr langfristig eine Bedrohung für die Sicherheit der Schweiz ausgehen. Die Verbreitung und der Konsum dschihadistischer Inhalte im virtuellen



Raum tragen zur Entstehung kleiner Sympathisantengruppen bei, deren Mitglieder sich radikalisieren könnten. Dabei könnten sich besonders sozial isolierte und psychisch instabile Personen dazu inspirieren lassen, Gewalt auszuüben. Die muslimischen Gemeinschaften in der Schweiz sehen sich Beeinflussungsversuchen islamistischer Akteure, aber auch einem Misstrauens- und Verdachtsklima ausgesetzt.

Anschläge Einzelner

Anschläge wie jene in Morges und Lugano können sich an einem beliebigen Ort in der Schweiz wiederholen. Die Sicherheitsbehörden von Bund und Kantonen stehen in dauerndem, engem Austausch untereinander und mit Einrichtungen, die radikalisierte Personen betreuen. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf Personen, bei denen Radikalisierung und Gewaltorientierung auch mit persönlichen Krisen oder psychischen Problemen zusammenfallen. Diese Personen werden oft spontan zu Tätern, ohne zuvor einen erheblichen logistischen oder organisatorischen Aufwand zu betreiben. Sie setzen bei ihrer Tat zum Beispiel Stichwaffen oder Fahrzeuge ein. Gerade bei Gewalttaten, deren Täterschaft einen nur marginalen Bezug zur dschihadistischen Ideologie oder zu dschihadistischen Gruppierungen aufweist, ist der primäre Antrieb – psychische Erkrankung oder ideologische Motivation – oft schwierig festzustellen.

Kontroverse Diskussionen in der breiteren Öffentlichkeit können die bereits bestehenden gesellschaftlichen und politischen Spannungen in Europa zusätzlich verstärken. Diese könnten sich zum Beispiel an Karikaturen des Propheten Mohammed, Koranverbrennungen oder Moscheeschliessungen entzünden. Damit kann sich die Bedrohung auch in der Schweiz jederzeit rasch erhöhen. In einer solchen Situation wäre auch mit gewaltsamen Übergriffen auf Muslime und deren Einrichtungen zu rechnen. Rechtsextreme sehen diese als Feinde.

Die dschihadistische Bedrohung in der Schweiz bleibt erhöht. Die Schweiz gehört zur westlichen, von Dschihadisten als islamfeindlich eingestuften Welt. Die Sicherheitsbehörden sind gefordert, auch radikalisierte Personen ohne oder mit nur marginaler Verbindung zur lokalen islamistischen Szene rechtzeitig zu entdecken – bevor diese einen Terroranschlag konkret planen oder davorstehen, einen solchen zu verüben.

Als Ziele dschihadistisch motivierter Anschläge stehen Staaten im Vordergrund, die international bei der Bekämpfung dschihadistischer Gruppierungen eine erhebliche Rolle spielen. Auch auf Schweizer Territorium könnten die Interessen dieser Staaten angegriffen werden. Jüdische Einrichtungen könnten abhängig von den geo-

politischen Entwicklungen zu Zielen von Gewaltakten werden. Mobilisieren können in der islamistischen Szene auch kritische Medienberichte, Anschläge auf muslimische Einrichtungen und die tatsächliche oder vermeintliche Diskriminierung von Muslimen. Die jüdische und die muslimische Gemeinschaft bleiben weiteren Risiken ausgesetzt, so etwa Angriffen gewalttätiger Rechtsextremer. Das Risiko, zufällig Opfer von Anschlägen oder Entführungen zu werden, bleibt für Schweizer Staatsangehörige im Ausland bestehen.

Kein grundlegender Wandel der PKK

Es ist langfristig nicht mit einem Wandel der PKK in Europa und damit auch in der Schweiz zu rechnen. Die Strukturen sind seit über drei Jahrzehnten stabil und die Anhänger der Organisation generationenübergreifend indoktriniert. Daran dürfte auch eine Veränderung der Lage in den Kurdengebieten vorerst nichts ändern. Stirbt allerdings der seit über zwanzig Jahren inhaftierte Gründer Abdullah Öcalan oder zirkulieren glaubhafte Gerüchte über seinen Tod, ist mit Ausschreitungen zu rechnen.

Intaktes Netzwerk der Hisbollah

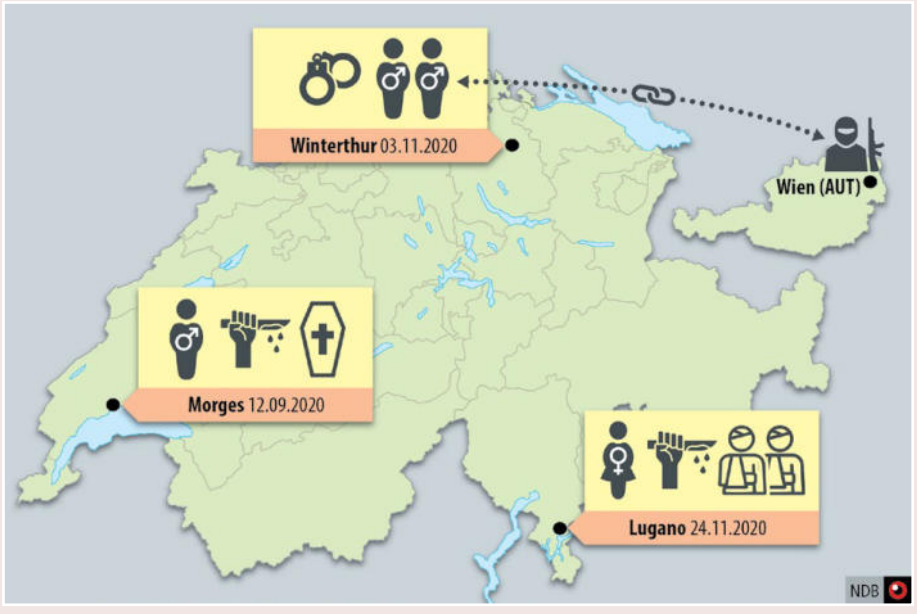
Die Hisbollah unterhält in Europa ein Netzwerk von Personen, um – falls es die Umstände aus ihrer Sicht erfordern, etwa bei einem massiven israelischen Angriff auf ihre Stellungen im Südlibanon oder bei einer Bombardierung iranischer Nuklearanlagen – auch Terrorakte zu unterstützen. Derzeit sind solche Umstände nicht gegeben.

Terroristische Einzeltaten – auch in der Schweiz

Die dschihadistische Bedrohung in Europa und damit auch der Schweiz geht in erster Linie von inspirierten Einzeltätern und Kleingruppen aus, die in der Regel spontan, ohne Anweisung und finanzielle Unterstützung von aussen handeln. Darunter fallen zunehmend auch Täter, bei denen Radikalisierung und Gewaltorientierung auch mit persönlichen Krisen oder psychischen Problemen kombiniert sind. Gerade bei Gewalttaten, deren Täterschaft nur einen marginalen Bezug zur dschihadistischen Ideologie oder zu dschihadistischen Gruppierungen aufweist, ist der primäre Antrieb oft schwierig festzustellen. Die beiden Anschläge in der Schweiz 2020 wurden mutmasslich von solchen Personen verübt: Am 12. September 2020 erstach ein Mann in Morges VD einen Mann, und am 24. November 2020 verletzte eine Frau in Lugano TI zwei Frauen mit einem Messer. Der Täter und die Täterin waren beide psychisch instabil, beide Taten aber wesentlich auch dschihadistisch motiviert.

Autonom agierende Einzeltäter berufen sich zwar häufig auf die internationale dschihadistische Bewegung, gehören aber keiner Organisation oder Gruppe und keinem Netzwerk an, agieren nicht in direktem Auftrag und jenseits hierarchischer Strukturen, planen ihre Taten eigenständig und führen sie allein aus. Die Gewaltakte sind daher oft geprägt von der individuellen Situation der Täterin oder des Täters.

Dschihadistisch motivierte Einzeltaten in der Schweiz und Festnahmen wegen möglicher Kontakte zu Attentäter des Anschlags in Wien



Terroristische Einzeltaten werden zwar von Einzelnen verübt, der Prozess der Radikalisierung ist jedoch eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, bei dem Interaktion innerhalb der dschihadistischen Szene ebenso eine Rolle spielt wie in der breiteren Öffentlichkeit diskutierte Themen. Zudem hat die Propaganda besonders des „Islamischen Staats" dazu beigetragen, dass Terrorakte vermehrt von Personen verübt werden, die auf eigene Faust agieren und nur indirekt mit der Terrororganisation verbunden sind.

Das frühzeitige Erkennen von terroristischen Einzeltaten ist eine grosse Herausforderung. Häufig sind die Motive der Täterinnen und Täter im Voraus nicht eindeutig festzustellen. Zwar sind Einzeltäterinnen und -täter oft in Kontakt mit der dschihadistischen Szene und konsumieren dschihadistische Propaganda. Einige bleiben in diesem Umfeld aber Randfiguren, bauen keine dauerhaften Beziehungen auf und integrieren sich nicht in die Szene.

Der Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus – und damit in letzter Konsequenz auch terroristischer Aktivitäten – umfasst eine Reihe von Massnahmen, die dazu dienen, praxistaugliche Voraussetzungen und Instrumente für die Zusammenarbeit aller involvierten Stellen zu schaffen, um Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus präventiv entgegenzutreten und diese möglichst zu verhindern.

Gewalttätiger Rechts- und Linksextremismus

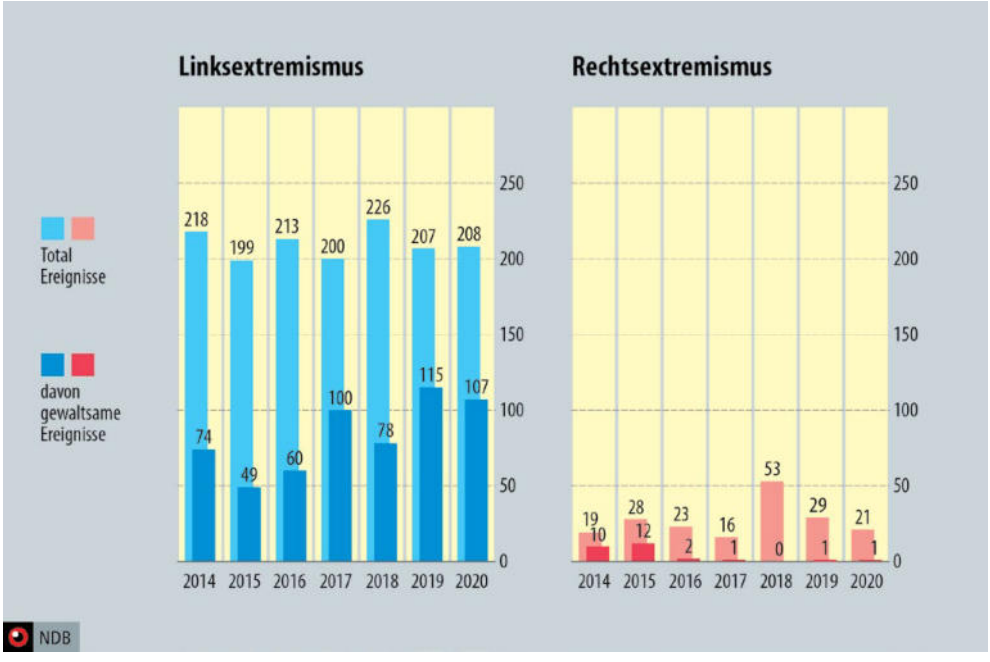
Was sieht der NDB?

Ereignisse und Gewaltpotenzial

2020 hat der NDB 208 Ereignisse im Bereich Links- und 21 im Bereich Rechtsextremismus beobachtet. Während beim Rechtsextremismus die Anzahl sich weiter verringert hat, blieb sie beim Linksextremismus stabil. Die Anzahl Gewalttaten belief sich beim Linksextremismus auf 107, beim Rechtsextremismus wurde ein mit Gewalt verbundenes Ereignis festgestellt. Die linksextreme und die rechtsextreme Szene haben ein markantes Bedrohungspotenzial. Die linksextreme Szene setzt zudem regelmässig Gewalt ein.

Die Covid-19-Pandemie beschäftigt die gewalttätige linksextreme Szene der Schweiz. Insbesondere beobachtet die Szene die Pandemiemassnahmen scharf, akzeptiert diese jedoch grösstenteils als notwendige Einschränkungen und hält sich an die Regeln. Kritisiert wurde aber das Demonstrationsverbot während des Lockdowns ab März 2020 und die als ungenügend erachteten Schutzmassnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Als Folge der Pandemie konnte die Szene weniger Demonstrationen durchführen als in den Vorjahren und konzentrierte sich stärker auf alternative Protestformen wie zum Beispiel virtuelle Aktionen.

Dem NDB gemeldete links- oder rechtsextrem motivierte Ereignisse seit 2014 (ohne Schmierereien)



Durch die Reisebeschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie reduzierten sich die internationalen Kontakte sowohl für die gewalttätige links- wie auch für die gewalttätige rechtsextreme Szene der Schweiz. Zwar fanden nach wie vor physische Treffen zwischen Schweizer Gewaltextremisten und den jeweiligen ausländischen Szenen statt, ein Grossteil der Kontakte zu ausländischen Gewaltextremisten dürfte sich aber in den virtuellen Raum verlagert haben.

Vor Jahresfrist hat der NDB die Erwartung formuliert, dass sich die Klimabewegung oder die Black-Lives-Matter-Aktivisten von den gewalttätigen linksextremen Akteuren abgrenzen werden. Es gibt derzeit keinen Grund, diese Aussage zu korrigieren. Hingegen ist in einigen europäischen Staaten zu beobachten, dass Rechtsextreme versuchen, die amorphe Koalition unter der Rubrik „Gegnerschaft zu den Covid-Massnahmen" für sich zu nutzen. Sie könnten damit eine Radikalisierung hin zu Gewaltanwendung befördern. Gerade in langwierigen oder sich gar verschärfenden Krisen besteht zudem immer das Risiko, dass sich Protest auch ohne Zutun der rechts- oder linksextremen Szenen verschärft und zu Teilen gewalttätig wird.

Rechtsextremismus

Unter den gewalttätigen rechtsextremen Gruppierungen war jüngst eine Reihe von Veränderungen festzustellen; mehrfach wurden bestehende Gruppierungen aufgelöst und neue gebildet. Solche Veränderungen sind in der gewalttätigen rechtsextremen

Propagandavideo der Gruppierung Junge Tat, gefilmt in Zürich, publiziert im November 2020.

Szene üblich und ereignen sich in Wellen; derzeit übersteigen die Veränderungen aber das Normalmass. Sie haben sowohl in der deutsch- wie in der französischsprachigen Schweiz die motiviertesten und radikalsten Personen in neuen Gruppierungen zusammengeführt.

Üblicherweise erfolgen solche Veränderungen und die Aktivitäten der rechtsextremen Szene diskret. In den sozialen Medien verfolgen aber die neuen Gruppierungen eine ungewöhnlich provokante Strategie öffentlicher Kommunikation. Ob aus Lust an der Provokation oder aus Naivität, was die Konsequenzen solcher Veröffentlichungen betrifft: In Netzen und Profilen, die öffentlich zugänglich sind, werden häufiger Propagandavideos und Fotografien von Ereignissen gepostet.

Linksextremismus

Die gewalttätigen Schweizer Linksextremen haben ihre Themen nicht wesentlich geändert und setzen ihr Engagement in verschiedenen Bereichen fort. Ihre wichtigsten Themengebiete lassen sich unter den Stichworten „Antikapitalismus", „Migration und Asyl", „Antifaschismus", „Antirepression" und „Kurden" zusammenfassen, wobei sich die Szene stark von aktuellem Geschehen beeinflussen lässt. So instrumentalisiert die gewalttätige linksextreme Szene die Covid-19-Pandemie für ihr Narrativ, um traditionelle Anliegen zu rechtfertigen – sie demonstriert gegen Covid-19-Massnahmen, die ihrer Meinung nach die Meinungsäusserungsfreiheit einschränken.

Im Zusammenhang mit der Kritik an der staatlichen Asyl- und Migrationspolitik wurden Brandanschläge und Sachbeschädigungen verübt. Ziel wurden besonders Firmen, die für den Schutz von Asyleinrichtungen zuständig sind.

Die gewalttätige linksextreme Szene führt ihren ideologischen Kampf gegen den Faschismus und alles von ihr als faschistisch Wahrgenommene weiter und intensiviert ihn sogar. Auf dem ideologischen Konflikt zwischen links und rechts basierende Aktionen der gewalttätigen Linksextremen haben zugenommen. Zusätzlich hat die linksextreme Szene das Thema „Coronaskeptiker" in ihr Repertoire aufgenommen. Sie betrachtet einen Teil der Coronaskeptiker als der rechtsextremen Szene zugehörig. Linksextreme organisieren deshalb Gegenveranstaltungen unter dem Motto „Antifaschismus".

Die Polizeigewalt in den USA hat seit Ende Mai 2020 der linksextremen Kampagne „Kampf gegen die Repression" Auftrieb gegeben. Die linksextreme Szene fühlt sich dadurch erst recht dazu berufen, gegen die Polizei zu demonstrieren, Polizisten dabei direkt anzugreifen und zudem Sachbeschädigungen an der Infrastruktur der

Polizei und anderer Sicherheitskräfte zu verüben. Zumindest in Zürich ist im gewalttätigen linksextremen Milieu die Hemmschwelle für Angriffe auf Polizisten weiter gesunken.

Die gewalttätige linksextreme Szene setzt sich weiterhin für die kurdischen Selbstverwaltungsgebiete in Rojava im Norden Syriens und die Kurden generell ein. Die Beziehungen zwischen Schweizer und kurdischen beziehungsweise türkischen Linksextremen sind aufgrund ihrer Ideologie und übereinstimmender Ziele seit Langem eng. Gewalttätige Schweizer Linksextreme unterstützen die kurdischen Anliegen sowohl in der Schweiz als auch vor Ort in Rojava. Dafür organisiert die Szene in der Schweiz Veranstaltungen, teilweise eigene Demonstrationen, nimmt an Demonstrationen der kurdischen Diasporagemeinschaft in der Schweiz teil und sammelt Geld für Hilfsgüter wie Atemschutzmasken, Medikamente oder Verbandsmaterial für die Kämpfer vor Ort.

Was erwartet der NDB?

Rechtsextremismus

Bisher war das Gewaltpotenzial der gewalttätigen rechtsextremen Szene zwar vorhanden, aber es fehlte die Motivation, Gewalttaten zu verüben. Die Befürchtung, mit persönlichen Konsequenzen rechnen zu müssen, wenn Szenemitglieder sich als solche öffentlich zeigten, war eine der Hauptursachen dieser fehlenden Motivation. Es fehlte jedoch auch an verbindenden Themen und an charismatischen Führungspersonen, die eine klare, gezielte und überlegte Richtung für Aktionen vorgeben konnten. In Teilen der Schweizer rechtsextremen Szene beginnt sich dies zu ändern. Weitere Faktoren tragen zur Verschlechterung der Lage bei:

- Die Attraktivität des Schiessens und von Kampfsportarten bleibt bestehen, und die Fähigkeiten in diesen Bereichen nehmen zu. Die Konzentration einflussreicher, fähiger und motivierter Exponenten in einzelnen Gruppierungen gibt diesen ein Überlegenheitsgefühl. Der Mut, sich zu zeigen und die Auseinandersetzung zu suchen, steigt somit.
- Die Auflösungen lassen einzelne gewalttätige Rechtsextreme ohne Bindung an irgendeine rechtsextreme Gruppierung zurück. Üblicherweise schliessen sich solche Personen rasch einer anderen Gruppierung an, aber einzelne bleiben ohne Gruppenbindung. Allgemein ist davon auszugehen, dass etablierte gewalttätige rechtsextreme Gruppierungen ein gewisses Mass an sozialer Kontrolle über ihre Mitglieder ausüben und sie eher von Gewalttaten abhalten. Falls also gewalttätige Exponenten nach dem Verlust ihrer Zugehörigkeit zu einer Gruppierung bei keiner anderen Gruppierung Anschluss finden, besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie sich im Stillen radikalisieren.
- Im Weiteren steigert der Austausch zwischen jungen, strafrechtlich bisher mehrheitlich nicht belangten Aktivisten und älteren Rechtsextremen massgeblich die Handlungsfähigkeit der neuen Strukturen. Letztere verfügen über langjährige Erfahrung innerhalb dieser Gruppierungen, aber auch mit der Strafverfolgung und der Konfrontation mit Antifaschisten, wovon die jüngeren Aktivisten profitieren können.

Aufgrund dieser Feststellungen ist festzuhalten, dass sich die Lage im Bereich gewalttätiger Rechtsextremismus verschlechtert und die Wahrscheinlichkeit von Gewalttaten steigt. Deshalb ist mit einer Zunahme von Gewalttaten gewalttätiger rechtsextremer Gruppierungen zu rechnen.

Linksextremismus

Die gewalttätige linksextreme Szene wird ihr Engagement für alle ihre Themen fortsetzen. Dabei wird sie je nach Aktualität und Situation thematisch Schwerpunkte setzen und ihre Aktivitäten entsprechend intensivieren.

Insbesondere wird die gewalttätige linksextreme Szene ihren ideologischen Kampf gegen Faschismus und alles von ihr als faschistisch Wahrgenommene weiterführen. Sobald sie Personen oder Gruppierungen als rechtsextrem wahrnimmt, wird sie reagieren. Solche Reaktionen können gewalttätiger Natur sein, sei es in Form von Sachbeschädigungen oder vereinzelt in Form physischer Angriffe auf Personen. Inwiefern sich solche Aktionen auch gegen Coronaskeptiker richten werden, wird stark vom weiteren Verlauf der Pandemie, den Massnahmen und der Präsenz von Coronaskeptikern in der Öffentlichkeit abhängen.

Die gewalttätige linksextreme Szene der Schweiz wird weiterhin die staatlichen Massnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie beobachten. Solange die Szene diese als sinnvoll erachtet, wird sie sie mehrheitlich akzeptieren und einhalten. Sollten jedoch Massnahmen getroffen werden, die aus der Sicht der Linksextremen die Grundrechte unverhältnismässig stark einschränken, wird die Szene mit Aktionen oder unbewilligten Demonstrationen reagieren.

Anschlag mit unkonventioneller Spreng- und Brandvorrichtung auf eine Rüstungsfirma in Zürich unter dem Schlagwort «Fight for Rojava».

Die gewalttätigen Linksextremen werden auch ihr Engagement für die Autonomie der Kurden in der Schweiz und im Ausland aufrechterhalten und hierzulande weiterhin gegen von ihnen wahrgenommene Gegner dieser Autonomiebestrebungen oder gegen sogenannte Kriegsprofiteure gewaltsam agieren. Ihr Engagement wird dabei auch von der konkreten Lage in den kurdischen Selbstverwaltungsgebieten abhängen.

Das Thema „Antirepression" wird in der gewalttätigen linksextremen Szene der Schweiz weiterhin eine wichtige Rolle spielen, wobei die Polizei das zentrale Feindbild der Szene bleiben wird. Die Aggressionen gegen Polizei und andere Ordnungskräfte werden anhalten oder unter Umständen sogar zunehmen.

Mit der Verlegung des WEF 2021 nach Singapur fehlt der gewalttätigen linksextremen Szene eine wichtige Plattform, um auf ihre antikapitalistischen Anliegen aufmerksam zu machen. Es bleibt abzuwarten, wie die Szene damit umgehen wird. Zu erwarten ist jedoch, dass sie versuchen wird, mit Aktionen oder einer Demonstration auf das WEF in Singapur aufmerksam zu machen.

Auf dem ideologischen Konflikt zwischen links und rechts basierende Aktionen

Gewalttätige Links- sehen gewalttätige Rechtsextreme als ideologischen Feind, und umgekehrt. Beide Seiten handeln entsprechend. 2020 war ein bedeutender Anstieg von Aktionen festzustellen, die ihren Ursprung im ideologischen Konflikt zwischen links und rechts hatten. Die Aktionen reichten von Provokationen und Überwachungen über Demonstrationen und Gegendemonstrationen bis hin zu Sachbeschädigungen und körperlichen Angriffen. Grossmehrheitlich gingen die Aktionen von den gewalttätigen Linksextremen aus. Der Anstieg ist eine Folge der Reaktion der gewalttätigen Linksextremen darauf, dass die Rechtsextremen, insbesondere die junge Generation, sichtbarer wurden. Die Linksextremen haben mit einer Steigerung ihrer antifaschistischen Aktivitäten reagiert.

Die Aktionen der gewalttätigen Rechtsextremen gegen die von ihnen als linksextrem wahrgenommenen Personen erfolgen tendenziell spontan, punktuell und bar einer Strategie. Für die gewalttätigen Linksextremen fällt das Urteil völlig anders aus. Für sie ist der antifaschistische Kampf identitätsstiftend, ein grosser Teil der gewalttätigen Linksextremen definiert sich über den Widerstand gegen den Faschismus. Wer sich für Antifaschismus engagiert, sieht seine Mission darin, die öffentliche Aufmerksamkeit auf rechtextreme Tendenzen und rassistisch motivierte Vorfälle zu lenken. Personen, die verdächtigt werden, rechtsextrem zu sein oder zur Szene zu gehören, sollen an ihren Aktivitäten gehindert werden, damit sich keine rechtsextremen Gruppierungen bilden können. Die Linksextremen zeigen dabei, dass sie organisiert, diszipliniert und in hohem Mass mobilisierungsfähig sind. Für sie ist es eine akzeptable Handlung, die körperliche Integrität eines Menschen zu beeinträchtigen, den sie für rechtsextrem halten.

Proliferation

Was sieht der NDB?

Die traditionellen Akteure

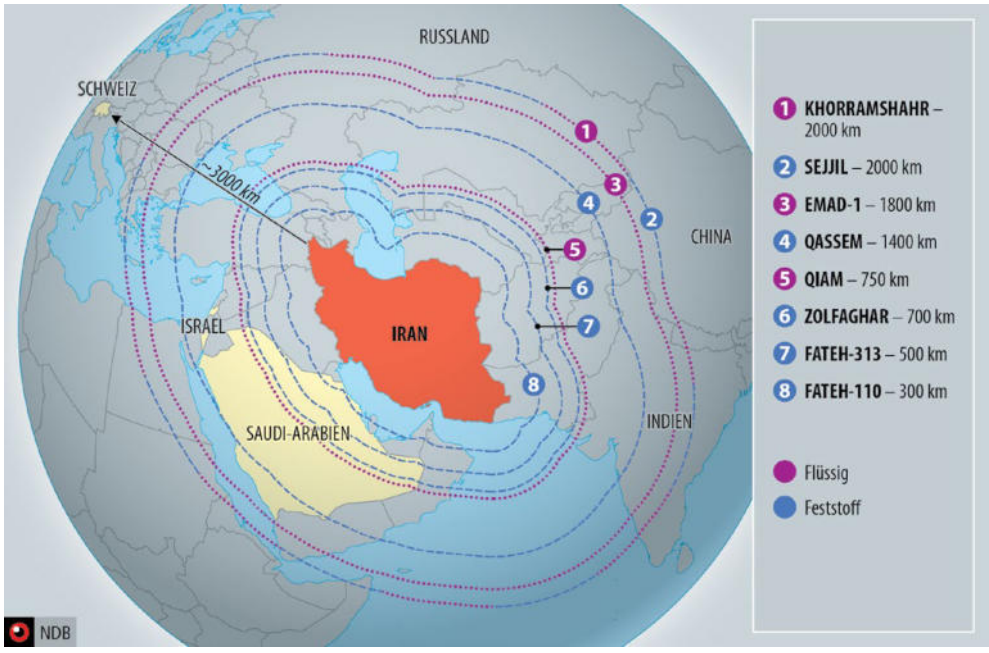
Die Attraktivität von Massenvernichtungswaffen bleibt hoch. Ausländische Akteure versuchen weiterhin, in der Schweiz Material zugunsten ihrer Massenvernichtungswaffenprogramme oder zur Herstellung von Trägersystemen zu beschaffen. Iran hat in der jüngeren Vergangenheit qualitativ wichtige Verbesserungen an seinen Feststoffraketensystemen und an seinen Marschflugkörpern erzielt. Dabei wurde auch Material aus der Schweiz verwendet.

Pakistan ist weiterhin stark an Know-how und Gütern aus der Schweiz interessiert, insbesondere zum Ausbau seines Nuklearprogramms. Es investiert beachtliche Mittel in seine Nuklearrüstung und dürfte bald mehr nukleare Gefechtsköpfe in seinem aktiven Arsenal haben als Grossbritannien mit seinen heute 120 einsatzbereiten Sprengköpfen.

Strategische Trends

Die Nuklearmächte arbeiten an einer umfassenden Modernisierung ihrer Arsenale. Obwohl das System der strategischen Rüstungskontrolle Zerfallserscheinungen zeigt, bleiben die Abschreckungsverhältnisse zwischen den grossen Nuklearmäch-

Die derzeit relevantesten ballistischen Lenkwaffen Irans und ihre Reichweiten



ten stabil. Qualitativ ist insbesondere die Entwicklung von Hyperschallwaffen zu erwähnen, zum einen in der Ausprägung konventioneller Marschflugkörper und zum anderen in Form von sogenannten Hypersonic Glide Vehicles auf strategischen Waffensystemen. In beiden Fällen verringern sich Vorwarnzeiten und Abwehrmöglichkeiten. Zusätzlich verwischen sich die Grenzen zwischen konventionellen und nicht-konventionellen Waffensystemen: Waffensysteme, die für das Verbringen einer Kernwaffe entwickelt wurden, werden modifiziert und für den Einsatz mit konventionellen Gefechtsköpfen vorbereitet.

- Russland verbessert seine Fähigkeit, Krieg gegen einen starken konventionellen Gegner zu führen. Das Land investiert beachtliche Mittel in die Erneuerung und den Ausbau seiner Rüstungsindustrie. Die Schweiz ist insbesondere im Bereich der Maschinenindustrie hiervon massgeblich betroffen, ist doch ein signifikanter Anteil der von Russland gewünschten Maschinen für die Rüstungsindustrie oder rüstungsnahe Betriebe vorgesehen.
- China verfolgt konsequent seinen Ansatz der zivilen und militärischen Fusion. Güter, die es in der Schweiz zu beschaffen versucht, weisen regelmässig eine technische Nähe zu laufenden Fähigkeitserweiterungen des Militärs auf.
- Die Nato baut ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten in Europa weiter aus. Sie verbreitert sich regional und thematisch. Sie widmet sich vertieft Chinas Ambitionen und den Instrumenten zu deren Umsetzung wie den erwähnten Ansatz der zivilen und militärischen Fusion. Auch die Nato wird sich deshalb wieder verstärkt der Beobachtung und Kontrolle der eigenen industriellen Basis widmen.

Was erwartet der NDB?

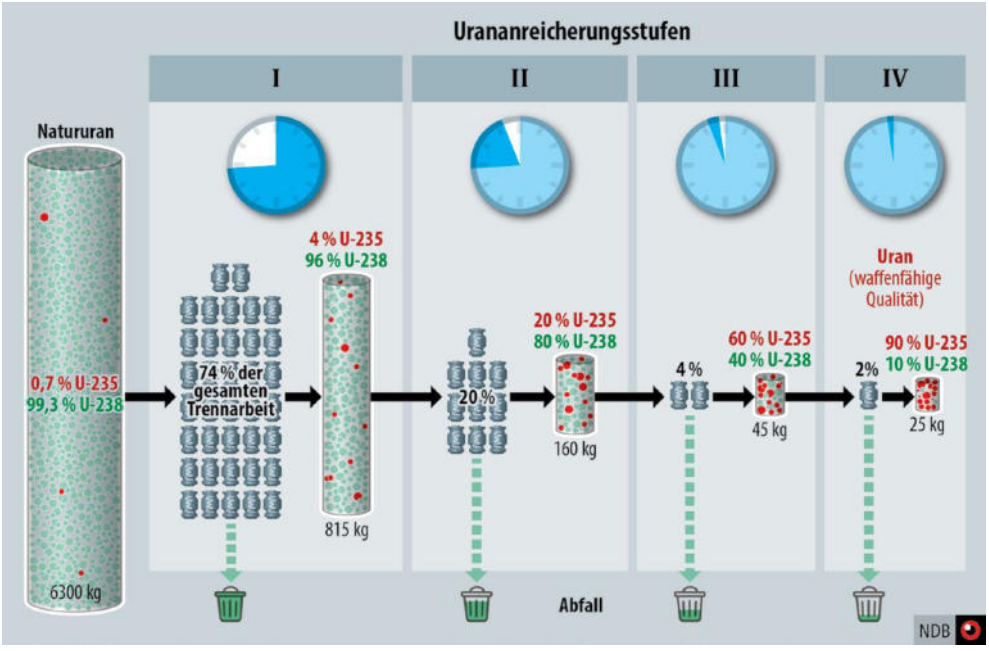
Aufräumarbeiten: Iran

2021 hat auch im Bereich Proliferation mit der Bereinigung von Altlasten aus der Amtszeit Präsident Trumps begonnen. Im Konflikt mit Iran setzt sich die Demontage des Nuklearabkommens (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) fort. Mit der Wiederaufnahme der Anreicherung von Uran auf 20 Prozent wurde eine weitere wichtige rote Linie überschritten. Jedoch ist weiterhin kein definitiver Bruch mit dem Konzept des JCPOA als Mittel der langfristigen Normalisierung des Verhältnisses zwischen Iran und den westlichen Staaten zu erkennen. Iran dürfte ein Interesse an Gesprächen mit den USA haben, jedoch nicht bereit sein, auf Forderungen der USA nach signifikanten Beschränkungen der iranischen Raketenrüstung einzugehen.

Nordkoreanische Erfolge

Während im Verhältnis zu Iran die amerikanische Politik des maximalen Drucks nicht zum gewünschten Resultat führte, gilt im Verhältnis zu Nordkorea dasselbe für die Charmeoffensive Präsident Trumps gegenüber Kim Jong-un. Der Versuch, mit Nordkorea ein langfristig einvernehmliches Verhältnis auf Basis der persönlichen

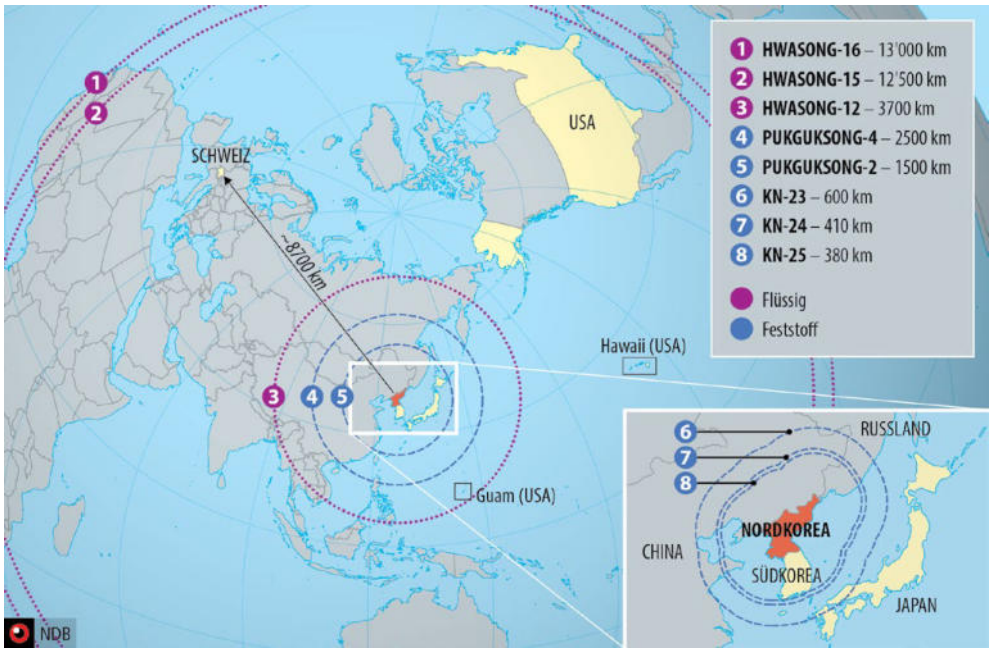
Stufenweise Anreicherung von Natururan zu waffenfähigem Uran. Der Anteil des U-235-Isotopes wird auf Kosten des U-238-Isotopes sukzessive erhöht. Der überwiegende Teil der Trennarbeit fällt dabei in den ersten zwei Stufen an.



Chemie zwischen den beiden Führungsfiguren zu erreichen, schlug fehl. Jedoch erzielten beide Seiten eine stillschweigende Übereinkunft, auf allzu provokante Schritte zu verzichten. Insbesondere unternahm Nordkorea keine Waffentests, die als direkt gegen die USA gerichtet interpretiert werden müssten. Im Windschatten dieser Deeskalationsphase arbeitete Nordkorea erfolgreich an der qualitativen Verbesserung seiner Raketensysteme. Mehrere neue Typen von feststoffgetriebenen Kurzstreckenraketen dürften die Serienreife erreicht haben und nun der Truppe zugeführt werden. Dort dürften diese Systeme zumindest teilweise vorhandene alte Systeme der Scud-Familie ersetzen. Diese dann überzähligen Systeme könnten auch in den Verkauf gelangen und über diesen Weg in Konfliktregionen wiederauftauchen.

Die Entwicklung einer neuen Interkontinentalrakete war ein weiterer bedeutender Erfolg Nordkoreas und hinterlässt den Eindruck, die industrielle Basis Nordkoreas sei leistungsfähiger als angenommen. Diese neue Interkontinentalrakete wurde bislang noch nie im Flug getestet. Ein Test würde sich aber ideal eignen, um den USA das nordkoreanische Störpotenzial in Erinnerung zu rufen und sie zu Verhandlungen aufzufordern. Ein solches Verhalten entspräche der nordkoreanischen Tradition und ist für 2021 wahrscheinlich.

Nordkoreas neuste, leistungsfähigste und relevanteste ballistische Lenkwaffen mit ihren Reichweiten



Sicherheitspolitische Autonomie benötigt eine industrielle Basis

Proliferation reagiert auf übergeordnete Entwicklungen wie in jüngster Zeit zum Beispiel auf das relative Erstarken autoritärer Systeme gegenüber demokratischen Ordnungen. Autoritäre Systeme zeigen eine geringere Neigung, Probleme und Konflikte innerhalb der etablierten Mechanismen der kollektiven Sicherheit zu lösen, weshalb ihr Erstarken zu einer Schwächung dieser Mechanismen führt. Covid-19 hat diesen Trend verstärkt und den Eindruck unterstrichen, dass der Nationalstaat letztlich auf sich allein gestellt sei und allein handlungsfähig sein müsse.

Staaten, die eine sicherheitspolitische Autonomie anstreben und ihre Aussen- und Sicherheitspolitik mit militärischen Mitteln begleiten, müssen eine eigenständige Rüstungsindustrie aufbauen. Der Konflikt in Bergkarabach bot 2020 ein Beispiel hierfür. Die Türkei hat in den letzten Jahren massiv in den Ausbau ihrer industriellen Basis investiert und dabei die Fähigkeit gewonnen, autonom mit eigenen unbemannten Luftfahrzeugen und eigener Präzisionsmunition einen erfolgreichen Luftkrieg zu führen und zu unterstützen. Gleichzeitig zeigte der Konflikt aber auch türkische Fähigkeitslücken auf: Kanada konnte die Lieferung von Motoren aus Österreich für die türkischen Drohnen unterbinden, da der dortige Produzent sich im Besitz einer kanadischen Firma befindet. Auch weitere Schlüsselkomponenten, die die Türkei noch nicht selbstständig herstellen kann – zum Beispiel die Sensorik –, finden ihren Weg nicht mehr zu den türkischen Drohnenproduzenten.

Um strategisch autonom zu werden, muss die eigene Rüstungsindustrie also nicht nur die Rüstungsgüter, sondern auch deren Schlüsselkomponenten unabhängig von ausländischen Lieferanten herstellen können. Das hierfür notwendige Know-how findet sich oft bei spezialisierten und innovativen Kleineren und Mittleren Unternehmen (KMU) oder Start-ups. Die einfachste, auch kleineren Staaten offenstehende Möglichkeit, an deren Können zu gelangen, ist, sie zu kaufen. Die Schweiz ist reich an Start-ups und innovativen Unternehmen und damit besonders anfällig, zum Ziel strategischer Proliferationsbestrebungen zu werden. Sie betreibt keine staatlich gelenkte Industriepolitik, verfolgt auch nicht systematisch die im Land vorhandenen Schlüsselkompetenzen, und ihr fehlen robuste Instrumente, staatlich motivierte Investitionen von Dritten in der Schweiz zu erkennen und gegebenenfalls zu unterbinden. In Abwandlung eines bekannten Zitates könnte festgehalten werden, dass jedes Land eine Industriepolitik hat, entweder die eigene oder eine fremde.

Verbotener Nachrichtendienst

Was sieht der NDB?

Ausländische Nachrichtendienste: Unterschiede und Gemeinsamkeiten

Nachrichtendienste bleiben für viele Staaten ein bevorzugtes Instrument, um Bedrohungen im In- und Ausland zu erkennen und abzuwehren und um eine ständige sicherheitspolitische Lageverfolgung zu gewährleisten. Markante Unterschiede gibt es dabei, wie diese Bedrohungen wahrgenommen und welche Gegenmassnahmen ergriffen werden.

Gemessen an ihren Fähigkeiten, den zur Verfügung stehenden Mitteln, den aufzuklärenden Zielen, der Kompetenzen und Vorgehensweise ist die Bandbreite der ausländischen Nachrichtendienste gross. Sie unterscheiden sich auch durch die gesetzlichen Vorgaben, an die sie gebunden sind, und die Kontrollen, denen sie unterworfen werden. Allerdings ist zu beachten, dass rechtsstaatlich verfasste Demokratien zwar tendenziell die parlamentarische Aufsicht und die gesetzliche Kontrolle ihrer Nachrichtendienste verstärken. Der Fokus wird dabei aber in der Regel auf die eigenen Staatsangehörigen im In- und Ausland und auf das eigene Territorium gelegt, während die gesetzlichen Vorschriften für die Aufklärung im Ausland allgemein bleiben und viel zulassen. Parallel zur verstärkten Aufsicht und Kontrolle werden jedoch auch neue Kompetenzen insbesondere zur Aufklärung von Netzwerken, elektronischen Geräten und verschlüsselter Kommunikation gefordert und eingeführt. Zurückhaltung und Einschränkung bei der Aufklärung im Ausland – also auch in der Schweiz – ist eher politischen Überlegungen geschuldet.

Digitalisierung und Vernetzung erlauben den Nachrichtendiensten, schneller mehr und genauere Informationen zu beschaffen. Sie begünstigen Spionage. Die Herausforderung von heute und morgen besteht für Nachrichtendienste weniger darin, Informationen zu beschaffen, als in der effizienten und effektiven Verarbeitung und Bereitstellung der gewonnenen Informationen.

Ausländische Nachrichtendienste: Prioritäten und Kapazitäten

Ein Schwerpunkt der nachrichtendienstlichen Arbeit liegt auf der Beschaffung und Analyse von Informationen zu den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten und Absichten von Staaten, die global oder in der jeweiligen Region eine Rolle spielen. Ein zweiter Schwerpunkt betrifft Informationen, die die Abwehr von Bedrohungen wie Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, Proliferation und Spionage ermöglichen. Die Terrorismusbekämpfung bleibt für viele Nachrichtendienste eine Priorität, aber der Aufklärung von staatlichen Akteuren wird wieder mehr Gewicht geschenkt. Dies ist eine Folge des häufigeren Einsatzes von Machtmitteln und der zunehmenden Konkurrenz zwischen den drei Grossmächten USA,

China und Russland. Auch einzelne Regionalmächte verhalten sich in engerem Rahmen entsprechend, sodass sich global eine Intensivierung der Spionage feststellen lässt. Gleichzeitig drängen dieser Wettbewerb und daraus resultierende Konflikte auch andere Staaten dazu, stärker in ihre Nachrichtendienste zu investieren.

Grossmächte

Der Wettbewerb zwischen den drei Grossmächten wird unter anderem mit nachrichtendienstlichen Mitteln ausgetragen. Die gegenseitige Aufklärung nimmt zu und erfolgt auch in Drittstaaten. Im Fokus der amerikanischen Nachrichtendienste bleiben die Terrorismusbekämpfung und die Aufklärung der strategischen Rivalen. Dasselbe gilt für China und Russland, die darüber hinaus einen erheblichen Teil ihrer nachrichtendienstlichen Mittel dazu nutzen, im In- und Ausland sowohl Wirtschaftsakteure als auch als Bedrohung wahrgenommene Gemeinschaften und Personen aufzuklären. Dabei dienen diese Aktivitäten der Nachrichtendienste wie in anderen autokratischen Staaten nicht nur staatlichen Interessen, sondern auch massgeblich dem Machterhalt beziehungsweise dem Machtausbau der herrschenden Eliten. Obwohl die Nachrichtendienste der USA, Chinas und Russlands wie andere auch Prioritäten setzen, verfügen sie darüber hinaus über die Kapazität, viele weitere Akteure aufzuklären.

Anhaltende Spionage gegen Schweizer Interessen

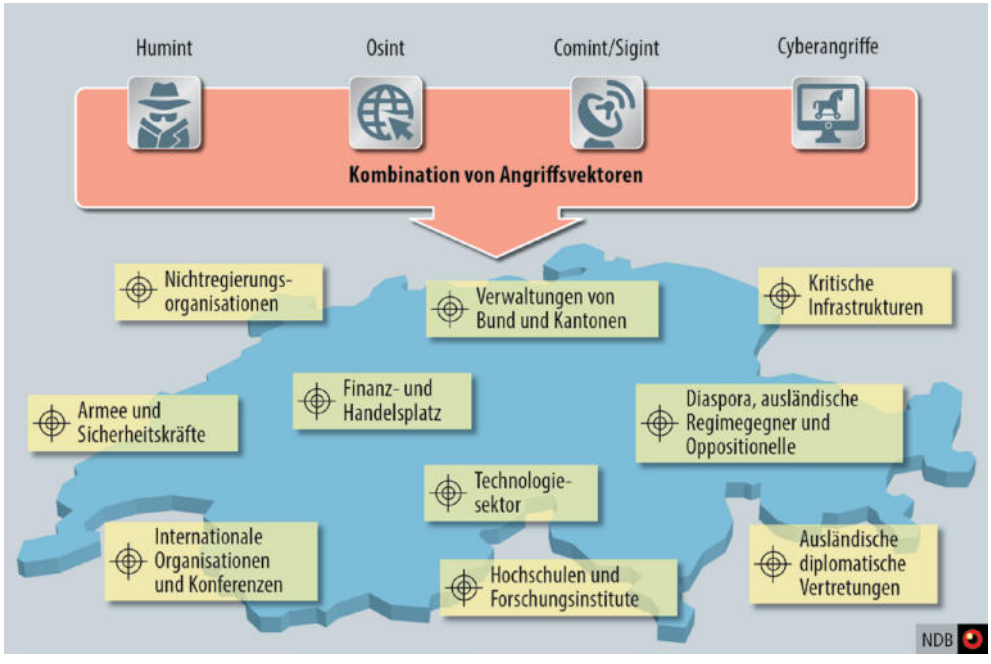
Die Schweiz bleibt in verschiedener Hinsicht stark von Spionage durch ausländische Nachrichtendienste betroffen.

- Zahlreiche in der Schweiz ansässige natürliche und juristische Personen stehen direkt im Fokus ausländischer Nachrichtendienste. Dazu gehören Angehörige und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter von Behörden, des Parlaments, des Militärs, von Forschungsinstituten und Medien. Zudem sind verschiedenste Wirtschaftsbranchen betroffen. Schweizer Staatsangehörige und Interessen sind auch im Ausland Ziel von Spionage ausländischer Nachrichtendienste.
- Ausländische Nachrichtendienste gehen auch in der Schweiz gegen ihre Landsleute vor, insbesondere gegen Regimekritiker, Oppositionsmitglieder und Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten. Sie tun dies teilweise offen.
- Nachrichtendienste anderer Staaten klären sich auf Schweizer Territorium gegenseitig auf. Die Schweiz zählt dafür weltweit zu den wichtigsten Standorten. Die Präsenz zahlreicher internationaler Organisationen und diplomatischer Vertre-

tungen in Genf ist hierfür ein wichtiger Faktor. Vor allem die grossen Auslandsnachrichtendienste können hierfür auf etablierte Strukturen und ausgedehnte Netzwerke zurückgreifen.

- Einfache Einreiseregeln, die gute Infrastruktur und die zentrale Lage in Europa tragen dazu bei, dass die Schweiz nach wie vor ein beliebter Standort für sogenannte Drittlandtreffen ist.

Angriffsvektoren und Ziele von Spionage in der Schweiz



Was erwartet der NDB?

Kontinuität zu erwarten

Spionage bleibt ein ständig präsentes Phänomen; ihre Ziele und Methoden sind im Lauf der Zeit grundsätzlich konstant geblieben. Entsprechend erwartet der NDB keine grundsätzlichen Veränderungen.

Die Aufklärungsziele und die inhaltlichen Schwerpunkte werden weiterhin durch die politischen Prioritäten der jeweiligen Regierungen vorgegeben werden. Bei stärkerem Wettbewerb zwischen Gross- und Regionalmächten und ohne Verzicht auf den Einsatz von Machtmitteln wird der verbotene Nachrichtendienst von Gross- und Regionalmächten an Gewicht zunehmen. Die Terrorabwehr wird aber insbesondere in den westlichen Staaten eine Hauptaufgabe der Nachrichtendienste bleiben. Eine kurzfristige und signifikante Verschiebung von Mitteln der nachrichtendienstlichen Terrorismusbekämpfung hin zur Aufklärung staatlicher Akteure ist im Fall eines grösseren bewaffneten Konflikts in Europa oder zwischen den Grossmächten zu erwarten.

Nachrichtendienste sind auf unterschiedliche und voneinander möglichst unabhängige Quellen angewiesen, damit die Glaubwürdigkeit von Informationen überprüft werden kann. Dementsprechend werden auch zukünftig verschiedene Beschaffungsmethoden eingesetzt. Digitalisierung und Vernetzung tragen jedoch dazu bei, dass die technische Aufklärung – insbesondere im Cyberraum – qualitativ verbessert werden und quantitativ zunehmen wird.

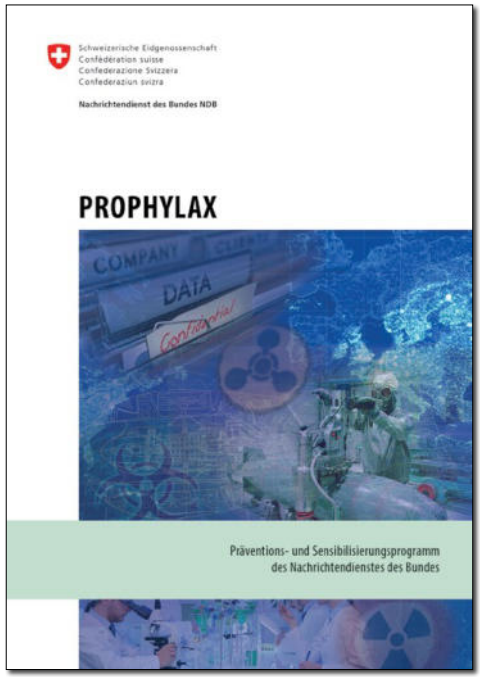
Schweiz bleibt zentral für staatliche Akteure

Für die Schweiz sind keine grösseren Veränderungen zu erwarten. Genf bleibt in der Schweiz der geografische Brennpunkt für verbotenen Nachrichtendienst, weil hier zahlreiche internationale Organisationen, diplomatische Vertretungen, Nichtregierungsorganisationen, Finanzinstitute und Handelsfirmen ansässig sind. Aber auch andere grössere Schweizer Städte werden hinsichtlich verbotenen Nachrichtendiensts relevant bleiben.

Die Spionageziele werden in der Schweiz im Grundsatz dieselben bleiben. Zu erwarten ist jedoch, dass ausländische Nachrichtendienste führende in der Schweiz ansässige Unternehmen verstärkt ins Visier nehmen werden, wo Entwicklungen dies lohnend erscheinen lassen. Dies betrifft etwa Unternehmen in den Bereichen Informationstechnologie, Chemie- und Pharmatechnologie, Mobilität, erneuerbare Energien und Rüstungstechnik.

Massgebend von den Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsstaaten hängt ab, ob und wie in die Schweiz geflüchtete Personen ausgeforscht werden und wie stark der Druck sein wird, der auf sie ausgeübt wird. Für Flüchtlinge aus Asien und

Afrika werden das Ausmass der Ausforschung und der Druck nicht abnehmen. Im Fokus bleiben insbesondere Exponenten von Diasporagemeinschaften und geflüchtete Journalistinnen und Journalisten, Politikerinnen und Politiker sowie Vertreterinnen und Vertreter von Gruppierungen und Organisationen, die im Herkunftsstaat als Bedrohung eingestuft werden.



Die Broschüre zur Präventions- und Sensibilisierungskampagne „Prophylax“ ist im Internet verfügbar.

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

Nachrichtendienste – Instrumente für verschiedene Zwecke | Viele Staaten setzen ihre Nachrichtendienste nicht nur dazu ein, Informationen zu beschaffen, auszuwerten und die entsprechenden Erkenntnisse bereitzustellen. Sowohl militärische Nachrichtendienste wie auch die zivilen In- und Auslandsnachrichtendienste erhalten zusätzliche Aufträge. Sie sollen die Sicherheitspolitik mitgestalten und im Ausland verdeckt politisch Einfluss nehmen, was bis hin zum Sturz einer Regierung gehen kann. Zuhause schwer erhältliche beziehungsweise sanktionierte Güter sollen beschafft werden. Sie sollen Personen entführen oder politische und militärische Gegner mit Sabotageaktionen, Anschlägen, gezielten Tötungen oder verdeckten Militäraktionen treffen.

Solche Aktionen können mehreren Zwecken zugleich dienen: So soll die gezielte Tötung eines Terroristen oder eines Regimekritikers aus Sicht des Auftraggebers nicht nur eine Bedrohung ausschalten, sondern auch andere abschrecken oder einschüchtern. Erfolgt sie im Ausland, lotet der Auftraggeber damit auch die politischen Grenzen und die Fähigkeiten der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden in diesem Staat aus.

Führend in Aktivitäten, die über die Beschaffung, Analyse und Bereitstellung von Informationen hinausgehen, sind nicht nur autokratische Staaten, sondern auch rechtsstaatlich verfasste Demokratien; die meisten sind in militärische Konflikte involviert.

Manche Akteure werden hierbei unter falscher Flagge handeln, nicht nur in Konfliktgebieten, sondern auch in friedlichen Staaten. Aufgrund der verdeckten Vorgehensweise wird es schwierig bleiben, die Täter und die Auftraggeber solcher Aktionen zu identifizieren, sofern sie überhaupt als solche erkannt werden. Auch das Ausmass ist deshalb schwierig zu bestimmen. Zudem werden Nachrichtendienste aus Fehlern lernen und diese bei künftigen Aktionen zu vermeiden suchen.

Die Schweiz als Nebenschauplatz solcher Aktivitäten | Grundsätzlich ist die Schweiz von nachrichtendienstlichen Aktivitäten, die über die Spionage hinausgehen, im weltweiten Vergleich nicht stark betroffen. In den vergangenen Jahren wurden in der Schweiz keine Sabotageakte, Anschläge, Entführungen oder gezielte Tötungen durch ausländische Nachrichtendienste verzeichnet. Es gibt aber Hinweise auf Belästigungen, Drohungen und Einschüchterungen, die sich gegen in die Schweiz geflüchtete Personen richten und die mutmasslich von ausländischen Behörden ausgehen. Deshalb – und in Anbetracht konkreter Vorfälle in Nachbarstaaten und im weiteren europäischen Ausland – bleiben Gewalttaten ausländischer Nachrichtendienste auch in der Schweiz möglich.

In der Schweiz finden sich zudem Ableger von Netzwerken, die der Beschaffung von Gütern in der Schweiz und in anderen europäischen Staaten dienen.

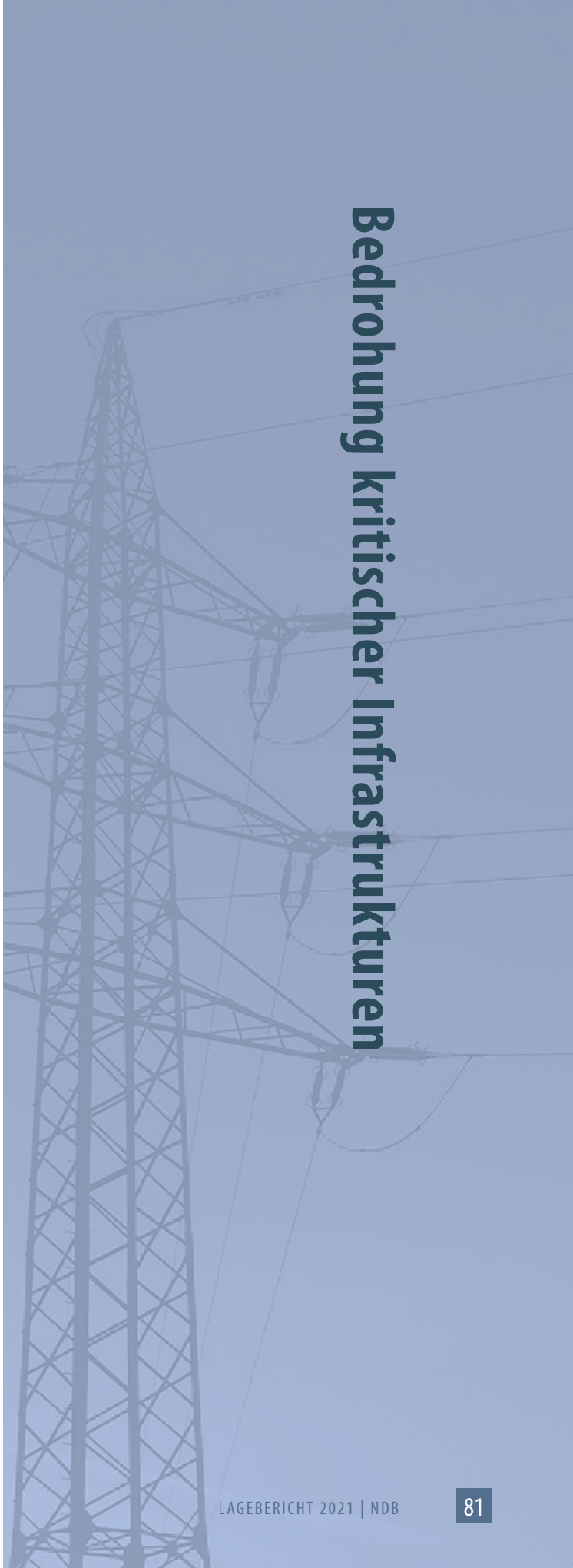
Manche ausländischen Nachrichtendienste sind in der Schweiz in verdeckte und unerwünschte Beeinflussungsaktivitäten involviert. Dazu werden unter anderem Mitglieder der eigenen Diasporagemeinschaft, Schweizer Organisationen und Medienschaffende eingespannt. Die Wirkung solcher Operationen in der Schweiz schätzt der NDB aktuell als gering ein.

Kurzfilm „Im Visier" zum Thema „Wirtschaftsspionage in der Schweiz"

Im Internet unter:

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschafts-spionage)

Bedrohung kritischer Infrastrukturen



Was sieht der NDB?

Vergrösserte Angriffsfläche der Informationsinfrastruktur

Die Digitalisierung wird in Wirtschaft, Gesellschaft und öffentlichen Institutionen unaufhaltsam vorangetrieben. Die technologische Entwicklung, die immer neue Anwendungsmöglichkeiten bietet, und das Effizienzversprechen digitaler Lösungen unterstützen die Digitalisierung und treiben sie an. Sie ist umfassend und zum unaufhaltsamen Selbstläufer geworden, weil anders der Anschluss an die zunehmende Zahl bereits digitalisierter Bereiche und Prozesse gar nicht mehr zu gewährleisten ist.

Die Betreiber kritischer Infrastrukturen stehen über alle Sektoren hinweg unter besonders hohem Digitalisierungsdruck. Dies führt dazu, dass analoge Dienstleistungen sukzessive zurückgebildet werden. Auch der Energiemarkt setzt auf intelligente Messsysteme und Stromnetze, und industrielle Kontrollsysteme werden aus der Distanz nicht nur bedient, sondern auch gewartet. Im Gesundheitswesen nimmt die Zahl und die Weiterentwicklung medizinischer Geräte zu, bis hin zu Analysegeräten, die die Patienten tragen und selbst betreiben. Die Abdeckung der Schweiz mit der neuesten Generation der Mobilfunktechnologie (5G) wird laufend vergrössert, und in den unterschiedlichsten Branchen wird erprobt, welches Potenzial Künstliche Intelligenz bietet. Neue Technologien werden zügig eingeführt, um den Anschluss nicht zu verpassen, Kosten zu senken und keine Chancen zu vergeben.

Dieser bereits seit Jahren zu beobachtende Trend zur Digitalisierung wurde seit Frühjahr 2020 durch die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zusätzlich beschleunigt. Die geforderte Einschränkung persönlicher Kontakte führte zu einer erhöhten Nachfrage nach virtuellen Zusammenarbeitsformen wie zum Beispiel Videokonferenzsystemen. Um die Risiken für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu minimieren, sich am Arbeitsplatz oder auf dem Weg dorthin anzustecken, wurden für unterschiedlichste Berufsgruppen Fernzugriffe auf die für ihre Tätigkeit relevanten Informationen und Systeme eingerichtet, um die Arbeit im Homeoffice zu ermöglichen. Technische, physische und organisatorische Risiken im Bereich Informationssicherheit wurden dabei vielfach nicht umfassend berücksichtigt – bei der Suche nach Lösungen war vor allem deren schnelle Verfügbarkeit entscheidend. Aber jede neue Komponente in Unternehmensnetzwerken und jede zusätzliche Zugriffsmöglichkeit auf ein System vergrössert die Angriffsfläche, über die in Netzwerke eingedrungen werden kann oder Systeme gestört werden können.

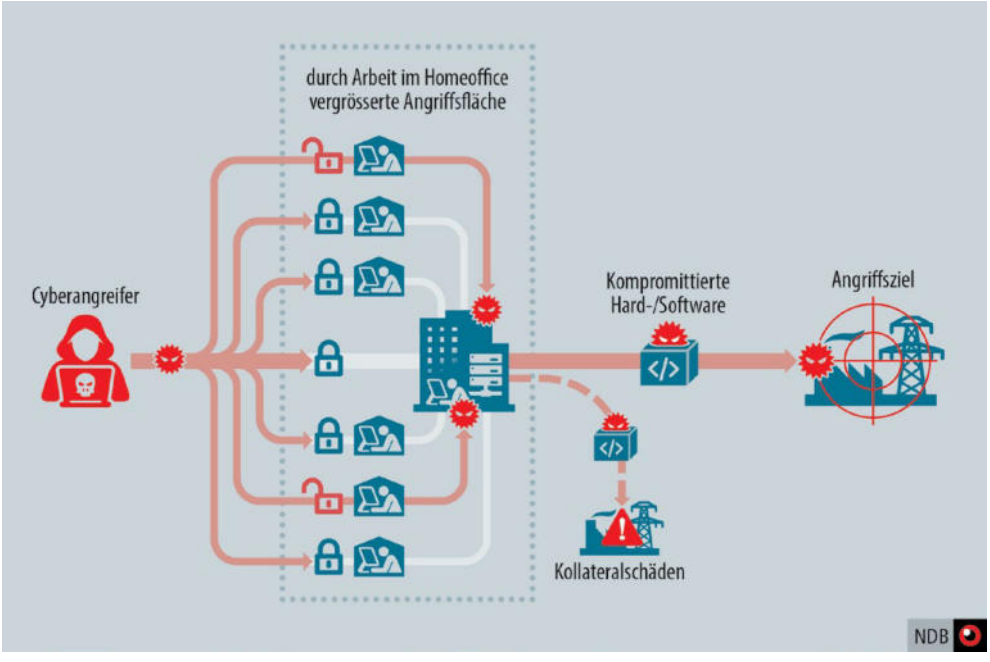
Angriffe auf Zulieferer für kritische Infrastrukturen

Angriffe auf die Lieferkette (supply chain attacks) erfolgen weiterhin. Weil die Interdependenzen zahlreicher und die Sicherheitsvorkehrungen der Betreiber kriti-

scher Infrastrukturen besser werden, werden die Unternehmen, die Ausrüstung und spezialisierte Dienstleistungen für Betreiber kritischer Infrastrukturen anbieten, zum bevorzugten Ziel der Angreifer. Solche Unternehmen sind in der Schweiz zahlreich; sie beliefern Betreiber im In- und Ausland. Ihre Produkte sind häufig bei mehreren Betreibern zu finden und manche Anbieter haben noch nicht genügend investiert, um die eigene Sicherheit und die ihrer Produkte garantieren zu können. So werden sie nicht nur für kriminelle Organisationen, sondern auch für staatlich gesponserte Akteure zum lohnenden Ziel.

In der Schweiz soll entsprechend der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken das Nationale Testinstitut für Cybersicherheit (NTC) aufgebaut werden. Das NTC wird zwar wichtige Ausrüstungsteile überprüfen können, aber es wird damit nicht die Investitionen ersetzen können, die von Seiten der Schweizer Anbieter nötig sind, um die eigene Sicherheit und damit auch die der Betreiber zu gewährleisten, die von ihnen abhängig sind. Um vollumfänglich von der Digitalisierung profitieren zu können, müssen Schweizer Unternehmer die mit ihr verbundenen Risiken und die Massnahmen zu deren Minderung stärker in Rechnung stellen. Dies gilt verstärkt auch für Unternehmen, die Betreiber kritischer Infrastrukturen beliefern.

Vermehrter Fernzugriff, etwa durch Homeoffice, vergrössert die Angriffsfläche von Netzwerken



Was erwartet der NDB?

Grössere Angriffsflächen und komplexere Lieferketten

Digitalisierungsbestrebungen werden weiter zunehmen. Ein beträchtliches Risiko besteht, wenn Aspekte wie Funktionalität und schnelle Verfügbarkeit auf Kosten der Sicherheit priorisiert werden. Im Rahmen der Covid-19-Pandemie hatte bei der Installation digitaler Lösungen der Schutz der Gesundheit Vorrang und erfolgte unter Zeitdruck. Gerade Zeitdruck führt dazu, dass der Absicherung neuer Funktionalitäten nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Systemlandschaften umfassen immer mehr Produkte von unterschiedlichsten Herstellern und Verbindungen zu externen Ressourcen wie zum Beispiel von Cloudanbietern. Die Angriffsfläche für potenzielle Bedrohungen kritischer Informationsinfrastrukturen wird dadurch zum einen direkt, zum anderen indirekt, zum Beispiel über die zahlreichen an den verschiedenen Lieferketten von IT-Produkten beteiligten Unternehmen, wesentlich vergrössert. Der Umgang mit der veränderten Risikolandschaft wird in den nächsten Jahren eine akzentuierte Herausforderung für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat darstellen, die es im Verbund zu meistern gilt.

Diversifizierung und Ausbildung des Crime-as-a-Service-Modells

Cyberkriminelle diversifizieren ihre Strategien zur Gewinnmaximierung weiter und spezialisieren sich dabei jeweils auf bestimmte einzelne Aspekte. So wird bei Angriffen mit sogenannter Erpressungssoftware nicht einfach nur das infiltrierte System verschlüsselt, sondern es werden zuvor sensitive Daten gestohlen, damit der Besitzer erpresst oder diese im Untergrundmarkt weiterverkauft. Jeder dieser Schritte wird von einem anderen Akteur vollzogen, der das jeweilige Vorgehen besonders beherrscht und perfektioniert hat. Die Arbeitsteilung wird auch in kriminellen Kreisen weiter ausgebaut.

Vermehrt bieten kriminelle, hauptsächlich finanziell motivierte Gruppierungen Zugänge zu fremden Netzen, gestohlene Informationen und technische Expertise als De-facto-Dienstleitung Dritten an. Mit Blick auf die oben dargelegten Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung und der zunehmend komplexeren Lieferketten eröffnet sich damit Cyberkriminellen ein erweitertes Handlungsfeld. Solche Angebote sind möglicherweise auch für staatliche Akteure interessant, was eine klare Zuordnung und Verfolgung von Angriffen schwieriger macht und damit die Verfolgung staatlicher Angriffe erschwert.

Internationaler Angriff über die Lieferkette: Sunburst

Angriffe über die Lieferkette, bei denen Softwareentwickler und -lieferanten als Angriffsvektoren missbraucht werden, sind kein neues Phänomen. Das Vorgehen ist spätestens seit 2011 bekannt, als die Schadsoftware Stuxnet via einen Zulieferer in eine iranische Urananreicherungsanlage eingeschleust wurde. Ähnliche Vorfälle von internationalem Ausmass traten seither regelmässig auf: 2017 stand die Kompromittierung einer ukrainischen Steuererklärungssoftware am Ursprung des Ausbruchs von Not Petya, einem Verschlüsselungstrojaner, der rund um die Welt Schaden anrichtete. Im gleichen Jahr wurde die Spionageoperation Cloudhopper entdeckt, bei der über verschiedene IT-Dienstleister und insbesondere Cloudanbieter Kundendaten gestohlen wurden. 2019 richteten sich einem ähnlichen Muster folgende Kampagnen gegen Nutzer der Software ccleaner und gegen Nutzer von Asus-Geräten.

Im Dezember 2020 wurde die Cyberspionagekampagne Sunburst öffentlich bekannt: Die Firmen Fire Eye, Solarwinds und Microsoft gaben bekannt, dass unbekannte Täter über den Zulieferer Solarwinds einen Angriff auf zahlreiche Behörden und Unternehmen auf der ganzen Welt lanciert hatten. Das Unternehmen Solarwinds ist ein grosser amerikanischer Anbieter von Netzwerkmanagementsystemen. Im Oktober 2019 hatten sich die Angreifer Zugriff auf dessen System verschafft und Schadcode in die Software Orion IT integriert. Die zwischen März und Juni 2020 veröffentlichten Updates dieser Software waren somit kompromittiert, und der eingespeiste Schadcode – die Schadsoftware Sunburst – wurde auf diesem Weg über eine eigentlich legitime Anwendung breit gestreut. Das Update diente den Angreifern als Verteiler der Schadsoftware und damit bei ausgesuchten Opfern auch als Eintrittspforte.

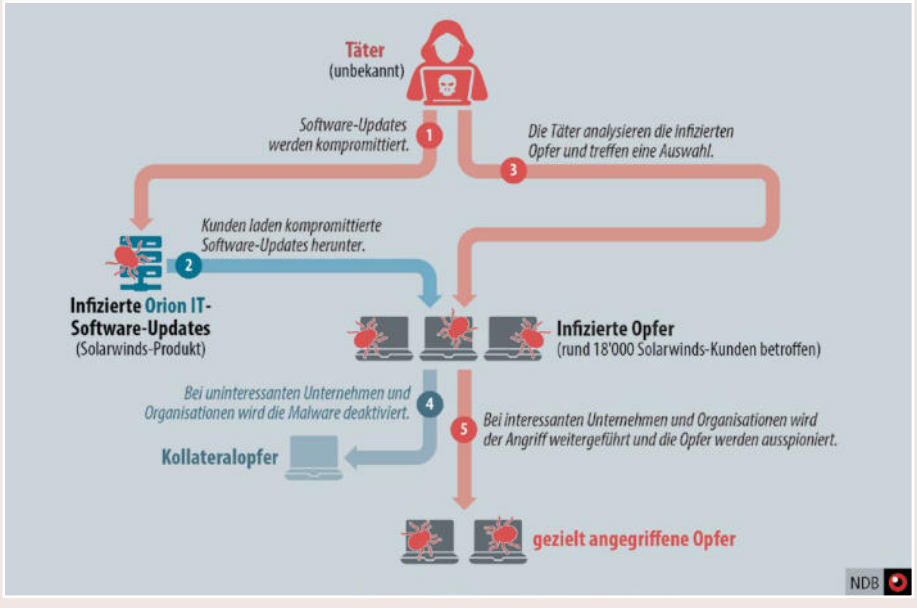
Der Schaden ist immens. Solarwinds gab an, dass insgesamt rund 18'000 der 300'000 Kunden das Update heruntergeladen hatten. Das bedeutet nicht, dass die Täter alle diese Kunden ausspioniert haben. Vielmehr gingen die Angreifer gezielt vor und führten den Angriff einzig bei Opfern aktiv fort, die für sie von Interesse waren.

Es gibt erste Hinweise, wonach die Täter noch weitere Firmen gehackt und deren IT-Produkte als Eintrittsvektoren für ihre Kampagne verwendet haben. Diese scheint auf Spionage und nicht auf Sabotage ausgelegt zu sein. Seit der Entdeckung des Angriffs laufen in den USA und in zahlreichen weiteren Staaten Untersuchungen und Systembereinigungen. Angesichts des Ausmasses und der Komplexität der Kampagne geht der NDB davon aus, dass es noch lange dauern wird, bis verlässliche Aussagen zu Ausmass und Schaden des Angriffs gemacht werden können.

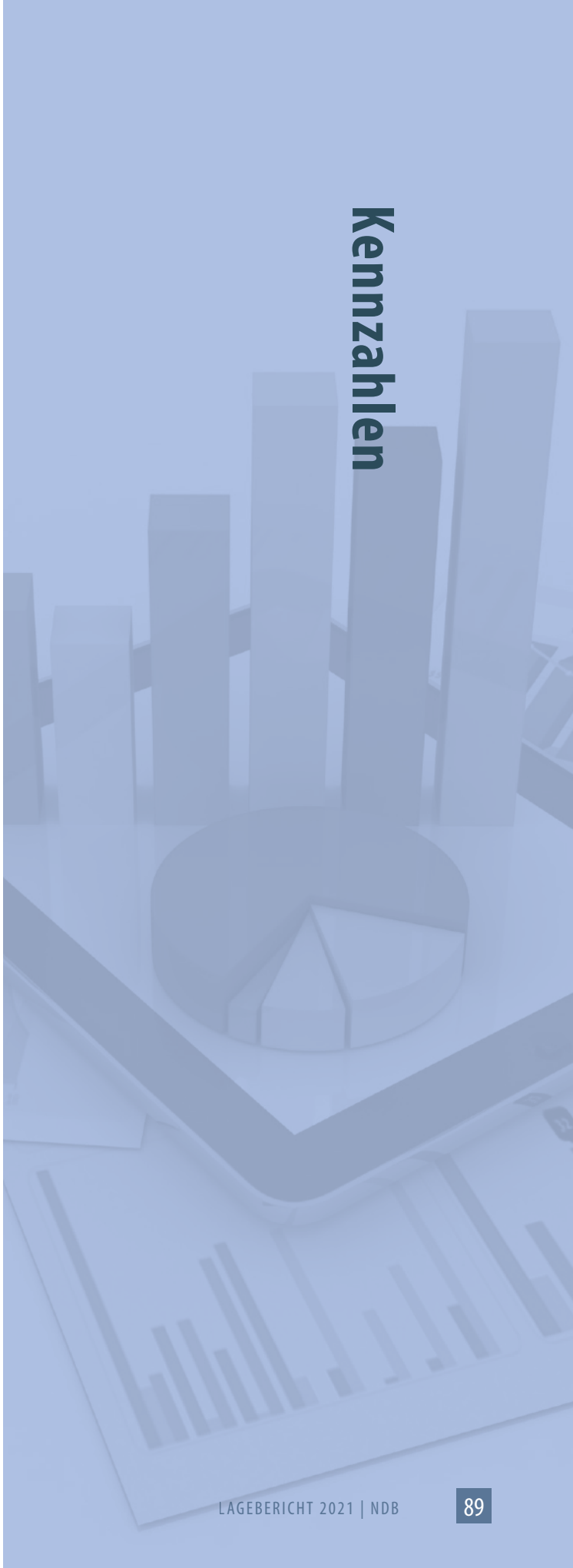
Auch mehrere Schweizer Unternehmen haben das kompromittierte Update heruntergeladen, und ihre Systeme wurden auf diesem Weg mit Sunburst infiziert. Bisher gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass die Täter den Angriff auf die Schweizer Unternehmen fortgeführt haben. Diese wären demnach Zufallsopfer eines Cyberangriffs, der prioritär gegen andere gerichtet war.

Es gibt allen Grund anzunehmen, dass solche Angriffe auch in Zukunft erfolgen werden. Insbesondere bei weit verbreiteten Produkten und marktführenden Herstellern ist das Schadenspotenzial einer erfolgreichen Kompromittierung enorm. Die Schweiz ist stark vernetzt, und die Betreiber kritischer Infrastrukturen beziehen eine Vielzahl digitaler Dienstleistungen und Produkte. Komplexe Lieferketten und beschleunigte Digitalisierungsprozesse gefährden auch kritische Infrastrukturen und erhöhen das Risiko, Opfer eines Angriffs über die Lieferkette zu werden.

Ablauf des Angriffs auf die Lieferkette von Solarwinds mittels kompromittiertem Software-Update



Kennzahlen



Struktur, Personal und Finanzen

Mit Stand Ende 2020 beschäftigte der NDB 159 Mitarbeiterinnen und 239 Mitarbeiter mit insgesamt 363 Vollzeitäquivalenten. Der NDB legt besonderen Wert auf Familienfreundlichkeit. Er ist 2016 als eines der ersten Bundesämter als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden. Nach Erstsprachen aufgeschlüsselt waren knapp drei Viertel deutsch-, gut ein Fünftel französisch-, rund vier Prozent italienisch- und ein Prozent romanischsprachig.

Die Aufwendungen der Kantone für ihre Nachrichtendienste wurden mit 18 Millionen Franken abgegolten. Der Personalaufwand betrug 61,9, der Sach- und Betriebsaufwand 23,8 Millionen Franken.

Internationale Kooperation

Der NDB arbeitet mit ausländischen Behörden zusammen, die Aufgaben im Sinn des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) erfüllen. Er vertritt hierzu die Schweiz unter anderem in internationalen Gremien. Im Einzelnen pflegt er den Nachrichtenaustausch mit über hundert Partnerdiensten verschiedener Staaten und mit internationalen Organisationen. Dazu gehören die zuständigen Stellen bei der UNO sowie Institutionen und Einrichtungen der EU, die sich mit sicherheitspolitischen Fragen befassen. Der NDB erhält derzeit pro Jahr rund 13’500 Meldungen von ausländischen Partnerdiensten. An ausländische Partnerdienste gehen derzeit seitens NDB jährlich rund 6000 Meldungen.

Informations- und Speichersysteme

2020 gingen insgesamt 572 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 8 Datenschutzgesetz ein. 488 Gesuchstellerinnen oder Gesuchsteller erhielten eine zweigeteilte Antwort: Der NDB erteilte ihnen zum einen vollständig Auskunft nach Datenschutzgesetz, zum andern schob er nach NDG die Antwort für die Systeme nach Artikel 63 Absatz 2 NDG auf (Aufschub wegen Nichtverzeichnung, Geheimhaltungs-, Drittinteressen). In 17 Fällen erteilte der NDB den Gesuchstellerinnen und Gesuchstellern unter Vorbehalt von Geheimhaltungsinteressen und des Schutzes Dritter in Bezug auf sämtliche Systeme ausnahmsweise vollständig Auskunft darüber, ob und falls ja, welche Daten er über sie bearbeitet hatte. In 16 Fällen wurden die formellen Voraussetzungen (wie zum Beispiel das Erbringen des Identitätsnachweises) für die Bearbeitung eines Gesuchs trotz Erinnerung nicht erfüllt und die Gesuche konnten daher nicht bearbeitet werden. 51 Auskunftsgesuche waren Ende 2020 noch unbeantwortet.

2020 gingen beim NDB 18 Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes ein.

Lagebeurteilungen

Der NDB legt jährlich seinen Lagebericht „Sicherheit Schweiz“ vor. Dieser enthält den Lageradar, der in seiner klassifizierten Form der Kerngruppe Sicherheit monatlich zur Beurteilung der Bedrohungslage und zur Setzung von Schwerpunkten dient. Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Der NDB bedient diese auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit Informationen und Erkenntnissen aus allen Bereichen des NDG und des klassifizierten Grundauftrags des NDB, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form. So unterstützte der NDB auch 2020 die Kantone mit einem von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbund (World Economic Forum Davos).

Berichte zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren

Zur Verwendung in Straf- und Verwaltungsverfahren übergibt der NDB Informationen unklassifiziert an die zuständigen Behörden. So stellte er 2020 der Bundesanwaltschaft 25, anderen Bundesbehörden wie dem Bundesamt für Polizei, dem Staatssekretariat für Migration oder dem Staatssekretariat für Wirtschaft 27 sowie kantonalen Behörden 2 Amtsberichte (ohne Nachträge zu bereits bestehenden Amtsberichten) zu. Davon betrafen 34 Berichte den Bereich Terrorismus, 3 den Bereich verbotener Nachrichtendienst, je 7 den Bereich Proliferation und den Bereich Gewaltextremismus. 3 weitere Amtsberichte waren keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen.

Massnahmen

Terrorismusabwehr | Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB periodisch auf seiner Webseite.

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Terrorismus)

Sensibilisierungsprogramm Prophylax | Der NDB unterhält zusammen mit den Kantonen Programme zur Schärfung des Bewusstseins für illegale Aktivitäten in den Bereichen Spionage und Proliferation: das Sensibilisierungsprogramm Prophylax und das Sensibilisierungsmodul Technopol für Hochschulen. Angesprochen werden Unternehmen, Hochschulen, Forschungsinstitute und Bundesämter. 2020 wurden im Rahmen von Prophylax 39 und im Rahmen von Technopol 14 Ansprachen durchgeführt. Zudem fanden 13 Sensibilisierungen statt.

www.vbs.admin.ch (Weitere Themen / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

Genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen | Bei Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG kann der NDB genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen. Diese sind in Artikel 26 NDG geregelt. Sie müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und nach Konsultation des Vorstehers des EDA und der Vorsteherin des EJPD von der Vorsteherin des VBS freigegeben werden. Sie werden für maximal drei Monate genehmigt. Nach deren Ablauf kann der NDB einen begründeten Verlängerungsantrag für maximal weitere drei Monate stellen. Die Massnahmen unterstehen einer engen Kontrolle durch die unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen 2020

Aufgabengebiet (Art. 6 NDG)	*Operationen*	*Massnahmen*
Terrorismus	3	21
Verbotener Nachrichtendienst	1	6
NBC-Proliferation	0	0
Angriffe auf kritische Infrastrukturen	0	0
Total	**4**	**27**

Von den Massnahmen betroffene Personen 2020

Kategorie	*Anzahl*
Zielpersonen	4
Drittpersonen (laut Artikel 28 NDG)	1
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	3
Total	**8**

Zählweise

- Bei den Massnahmen wird eine genehmigte und freigegebene Verlängerung (mehrmals möglich für maximal je drei Monate) als neue Massnahme gezählt, da diese im ordentlichen Prozess neu beantragt und begründet werden muss.
- Operationen und betroffene Personen werden hingegen nur einmal jährlich gezählt, auch bei Massnahmeverlängerungen.

Kabelaufklärung | Mit dem Nachrichtendienstgesetz hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Artikel 39 ff. NDG). Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert. Die Kabelaufklärung kann aber nur mit der Verpflichtung schweizerischer Betreiberinnen von leitungsgebundenen Netzen und Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen durchgeführt werden, die entsprechenden Signale an das Zentrum für Elektronische Operationen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Deshalb sieht das NDG in Artikel 40 f. für die Anordnungen an die Betreiberinnen beziehungsweise die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor. Ende 2020 waren 2 Kabelaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

Funkaufklärung | Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Artikel 38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf. In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender. Im Gegensatz zur Kabelaufklärung ist die Funkaufklärung genehmigungsfrei, weil bei der Funkaufklärung keine Verpflichtung von Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen zum Erfassen von Signalen notwendig ist. Ende 2020 waren 33 Funkaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

Überprüfungen im Bereich Ausländerdienst und Anträge auf Einreiseverbot | 2020 prüfte der NDB 3752 Gesuche im Bereich Ausländerdienst auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit (Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie internationalen Funktionärinnen und Funktionären oder Visumsgesuche und Gesuche um Stellenantritt und Aufenthaltsbewilligung im ausländerrechtlichen Bereich). In einem Fall empfahl der NDB die Ablehnung eines Gesuchs um Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung. Im Weiteren überprüfte der NDB 861 Asyldossiers auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz. In 12 Fällen wies er auf ein Sicherheitsrisiko hin. Von den 37’140 Einbürgerungsgesuchen, die der NDB nach Massgaben des NDG überprüfte, empfahl er in 4 Fällen die Ablehnung der Einbürgerung beziehungsweise machte er Sicherheitsbedenken geltend. Im Rahmen des Schengen-Visakonsultationsverfahrens Vision überprüfte der NDB 163’792 Datensätze auf eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Schweiz, empfahl aber nie die Ablehnung. Daneben überprüfte der NDB die API-Daten (Advance Passenger Information)

von 815’647 Personen auf 6218 Flügen. API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten ergeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden. Ferner beantragte der NDB bei fedpol 157 Einreiseverbote (86 wurden verfügt, 63 waren bei Jahresende noch in Bearbeitung und 8 Anträge wurden an den NDB zurückgewiesen).

Personensicherheitsprüfungen | Für die nationale Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen des Informations- und Objektschutzes im VBS und die Bundeskanzlei führte der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen 2006 Auslandabklärungen und 150 vertiefte Abklärungen zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen durch.

Abkürzungsverzeichnis

API	Advance Passenger Information
AU	Afrikanische Union
EU	Europäische Union
JCPOA	Joint Comprehensive Plan of Action
KMU	Kleinere und Mittlere Unternehmen
Nato	North Atlantic Treaty Organisation
NDG	Nachrichtendienstgesetz
New-START-Vertrag	New Strategic Arms Reduction Treaty
NTC	Nationales Testinstitut für Cybersicherheit
PESCO	Permanent Structured Cooperation; Ständige Strukturierte Zusammenarbeit
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
RCEP	Regional Comprehensive Economic Partnership
WEF	World Economic Forum

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
März/April 2021

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.21d
ISSN 1664-4670

SICHERHEIT SCHWEIZ
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
www.ndb.admin.ch / info@ndb.admin.ch